



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2010/2039(INI)

19.5.2010

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 187

Entwurf eines Berichts

Ilda Figueiredo

(PE439.981v01-00)

Die Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa
(2010/2039(INI))

AM\817360DE.doc

PE441.188v02-00

DE

In Vielfalt geeint

DE

AM_Com_NonLegReport

DE

Änderungsantrag 1

Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag

Bezugsvermerk 1 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**– unter Hinweis auf das 1979
angenommene VN-Übereinkommen zur
Beseitigung jeder Form der
Diskriminierung der Frau (CEDAW),**

Or. en

Änderungsantrag 2

Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag

Bezugsvermerk 2

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf die Allgemeine
Erklärung der Menschenrechte von 1948,
die auf der Weltkonferenz über
Menschenrechte von 1993 bekräftigt
wurde, insbesondere die Artikel 3, 16, 18,
23, 25, 26 und 29,

– unter Hinweis auf die Allgemeine
Erklärung der Menschenrechte von 1948,
die auf der Weltkonferenz über
Menschenrechte von 1993 bekräftigt
wurde, insbesondere die Artikel 3, 16, 18,
23, 25, 26, 27 und 29,

Or. en

Änderungsantrag 3

Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag

Bezugsvermerk 5

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf die IAO-
Übereinkommen Nr. 26 und 131 über die

– unter Hinweis auf die IAO-
Übereinkommen Nr. 26 und 131 über die

Mindestlohnfestsetzung,

Mindestlohnfestsetzung *und Nr. 29 und 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit,*

Or. en

Änderungsantrag 4

Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag

Bezugsvermerk 5 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf den IAO-Bericht „Eine globale Allianz gegen Zwangsarbeit – Gesamtbericht im Rahmen der Folgemaßnahmen zur Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit – Bericht des Generaldirektors, 2005“,

Or. en

Änderungsantrag 5

Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag

Bezugsvermerk 5 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf Artikel 34, 35 und 36 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, in denen spezifisch das Recht auf soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung, ein hohes Gesundheitsschutzniveau und der Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse festgeschrieben sind¹,

¹ABl. C 303 vom 14.12.2007, S. 1.

Or. en

Änderungsantrag 6
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 5 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und die Stellungnahme des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (A6-0364/2008),

Or. en

Änderungsantrag 7
Karima Delli

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 16

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 6. Mai 2009 zu der aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen,

– unter Hinweis auf **die Empfehlung der Kommission KOM(2008)0639 vom 3. Oktober 2008 und** seine Entschließung vom 6. Mai 2009 zu der aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen,

Or. en

Änderungsantrag 8
Frédéric Daerden, Kathleen Van Brempt

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 16 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission vom 3. Oktober 2008 über eine Empfehlung der Kommission zur aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen

(KOM(2008)0639),

Or. fr

Änderungsantrag 9
Licia Ronzulli

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 16 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*– in Kenntnis der Empfehlung der
Kommission vom 3. Oktober 2008 über
die aktive Eingliederung der aus dem
Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen,*

Or. it

Änderungsantrag 10
Karima Delli

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 16 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*– unter Hinweis auf seine Schriftliche
Erklärung Nr. 0111/2007 vom 22. April
2008 zur Beendigung der
Obdachlosigkeit,*

Or. en

Änderungsantrag 11
Kinga Göncz, Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 17 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*– unter Hinweis auf den Vorschlag der
Kommission vom 27. April 2010 für einen
Beschluss des Rates über Leitlinien für
beschäftigungspolitische Maßnahmen der
Mitgliedstaaten,*

Änderungsantrag 12
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Aa. in der Erwägung, dass durch Armut und soziale Ausgrenzung die Menschenwürde und grundlegende Menschenrechte verletzt werden und dass das zentrale Ziel von Systemen zur Einkommensstützung darin bestehen muss, die Armut zu überwinden und Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen,

Or. en

Änderungsantrag 13
Kinga Göncz, Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag

Geänderter Text

B. in der Erwägung, dass trotz aller Erklärungen über die Armutsverringerung die sozialen Unterschiede größer geworden sind und 17 % der Bevölkerung (bzw. etwa 85 Millionen Menschen) Ende 2008 selbst nach Bezug von Sozialleistungen unterhalb der Armutsgrenze lebten, während dieser Prozentsatz 2005 noch bei 16 % und 2000 in der EU15 bei 15 % lag,

B. in der Erwägung, dass trotz ***des wirtschaftlichen Wohlstands und*** aller Erklärungen über die Armutsverringerung die sozialen Unterschiede größer geworden sind und 17 % der Bevölkerung (bzw. etwa 85 Millionen Menschen) Ende 2008 selbst nach Bezug von Sozialleistungen unterhalb der Armutsgrenze lebten, während dieser Prozentsatz 2005 noch bei 16 % und 2000 in der EU15 bei 15 % lag,

Or. en

Änderungsantrag 14
Karima Delli

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag

B. in der Erwägung, dass trotz aller Erklärungen über die Armutsverringerung die sozialen Unterschiede größer geworden sind und 17 % der Bevölkerung (bzw. etwa 85 Millionen Menschen) Ende 2008 **selbst** nach Bezug von Sozialleistungen unterhalb der Armutsgrenze lebten, während dieser Prozentsatz 2005 noch bei 16 % und 2000 in der EU15 bei 15 % lag,

Geänderter Text

B. in der Erwägung, dass trotz aller Erklärungen über die Armutsverringerung die sozialen Unterschiede größer geworden sind und 17 % der Bevölkerung (bzw. etwa 85 Millionen Menschen) Ende 2008 nach Bezug von Sozialleistungen unterhalb der Armutsgrenze lebten, während dieser Prozentsatz 2005 noch bei 16 % und 2000 in der EU15 bei 15 % lag,

Or. en

Änderungsantrag 15
Karima Delli

Entschließungsantrag
Erwägung B a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ba. in der Erwägung, dass es durch Wachstum und Beschäftigung allein nicht gelungen ist, die Armut zu vermindern, und in der Erwägung, dass Sozialleistungen eine bedeutende Rolle bei der Verminderung der Armut und als automatisches Stabilisierungsinstrument während der Krise spielen müssen, womit sich die Armutsrisiken (lt. Zahlen aus dem Jahr 2008) um 38 % verringern, obwohl dieser Prozentsatz in den einzelnen Mitgliedstaaten variiert, wobei sich die Armut in einigen Ländern um 50% oder mehr verringert, in einigen jedoch nur um 17 % oder weniger, was Unterschiede im Ausgabenumfang zwischen 12 % und 30 % des BIP und bezüglich der Effizienz und Effektivität der Sozialschutzsysteme widerspiegelt,

Or. en

Änderungsantrag 16
Kinga Göncz, Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag

C. in der Erwägung, dass die Armutsgefährdungsquote bei Kindern und Jugendlichen bis zu einem Alter von 17 Jahren höher ist als bei der Gesamtbevölkerung und sich 2008 in der EU27 auf 20 % belief, wobei die **höchsten Quoten in Rumänien (33 %), Bulgarien (26 %), Italien und Lettland (25 %), Spanien (24 %), Griechenland, Portugal, Litauen und Großbritannien (je 23 %) sowie Polen (22 %) zu verzeichnen waren,**

Geänderter Text

C. in der Erwägung, dass die Armutsgefährdungsquote bei Kindern und Jugendlichen bis zu einem Alter von 17 Jahren höher ist als bei der Gesamtbevölkerung und sich 2008 in der EU27 auf 20 % belief, wobei die **höchste Quote 33 % betrug,**

Or. en

Änderungsantrag 17
Kinga Göncz, Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag

D. in der Erwägung, dass auch ältere Menschen stärker von Armut bedroht sind als die Gesamtbevölkerung und dass 2008 etwa 19 % der Bevölkerung der EU27 über 65 Jahre von Armut betroffen waren,

Geänderter Text

D. in der Erwägung, dass auch ältere Menschen stärker von Armut bedroht sind als die Gesamtbevölkerung und dass 2008 etwa 19 % der Bevölkerung der EU27 über 65 Jahre von Armut betroffen waren, **während diese Werte 2005 19 % und 2000 17 % betrugten,**

Or. en

Änderungsantrag 18
Kinga Göncz, Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag

E. in der Erwägung, dass **die Ausweitung** prekärer Arbeitsverhältnisse und niedriger Löhne **den** Prozentsatz der von Armut bedrohten Arbeitnehmer **erhöht**; dass in der EU27 im Jahr 2008 durchschnittlich 8 % der erwerbstätigen Bevölkerung von Armut bedroht **war, wobei die höchsten Armutsgefährdungsquoten in Rumänien (17 %), Griechenland (14 %), Polen und Portugal (je 12 %), Spanien und Lettland (je 11 %) zu verzeichnen waren,**

Geänderter Text

E. in der Erwägung, dass **das konstant hohe Ausmaß** prekärer Arbeitsverhältnisse und niedriger Löhne **in bestimmten Sektoren bedeutet, dass der** Prozentsatz der von Armut bedrohten Arbeitnehmer **auf hohem Niveau stagniert**; dass in der EU27 im Jahr 2008 durchschnittlich 8 % der erwerbstätigen Bevölkerung von Armut bedroht **waren, während 2005 Werte von 8 % und 2000 in der EU15 von 7 % verzeichnet wurden,**

Or. en

Änderungsantrag 19
Licia Ronzulli

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag

Ea. in der Erwägung, dass der Rat den Mitgliedstaaten in der Empfehlung 92/441/EWG vom 24. Juni 1992 empfiehlt, den grundlegenden Anspruch jedes Menschen auf ausreichende Sozialhilfeleistungen und Zuwendungen für ein menschenwürdiges Leben anzuerkennen; ferner in der Erwägung, dass der Rat den Mitgliedstaaten in seiner Empfehlung 92/442/EWG vom 27. Juli 1992 empfiehlt, Mittel in einem mit der menschlichen Würde zu vereinbarenden Umfang zu garantieren; sowie in der Erwägung, dass der Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 17. Dezember 1999 die Förderung der sozialen Einbeziehung als eines der Ziele für die Modernisierung und die Verbesserung der sozialen Sicherung angenommen hat;

Or. it

Änderungsantrag 20
Traian Ungureanu

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag

F. in der Erwägung, dass Frauen wegen prekärer und schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse und der Diskriminierung bei Löhnen, Renten und Pensionen **den größten** Anteil an der von Armut bedrohten Bevölkerung ausmachen,

Geänderter Text

F. in der Erwägung, dass Frauen wegen prekärer und schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse und der Diskriminierung bei Löhnen, Renten und Pensionen **einen erheblichen** Anteil an der von Armut bedrohten Bevölkerung ausmachen,

Or. en

Änderungsantrag 21
Karima Delli

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag

F. in der Erwägung, dass Frauen wegen prekärer und schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse und der Diskriminierung bei Löhnen, Renten und Pensionen den größten Anteil an der von Armut bedrohten Bevölkerung ausmachen,

Geänderter Text

F. in der Erwägung, dass Frauen wegen **Arbeitslosigkeit, allein zu bewältigenden Fürsorgepflichten**, prekärer und schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse und der Diskriminierung bei Löhnen, Renten und Pensionen den größten Anteil an der von Armut bedrohten Bevölkerung ausmachen,

Or. en

Änderungsantrag 22
Karima Delli

Entschließungsantrag
Erwägung F a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Fa. in der Erwägung, dass keine offiziellen EU-Daten über Fälle von extremer Armut wie Obdachlosigkeit

vorliegen, weshalb es schwierig ist, die jüngsten Trends zu verfolgen,

Or. en

Änderungsantrag 23
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Erwägung F a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Fa. in der Erwägung, dass das Risiko extremer Armut für Frauen größer ist als für Männer, dass der anhaltende Trend zur Feminisierung der Armut in den europäischen Gesellschaften von heute zeigt, dass der geltende Rahmen von Sozialschutzsystemen und das breite Spektrum von sozial-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen in der Union nicht geeignet sind, den Erfordernissen von Frauen Rechnung zu tragen oder den Unterschieden bezüglich der Tätigkeiten von Frauen zu begegnen, sowie in der Erwägung, dass die Armut von Frauen und ihre soziale Ausgrenzung in Europa spezifische, vielfältige und geschlechterbezogene politische Maßnahmen erfordert,

Or. en

Änderungsantrag 24
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Erwägung F b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Fb. in der Erwägung, dass das Risiko extremer Armut für Frauen, insbesondere im Alter, größer ist als für Männer, weil die sozialen Sicherungssysteme oft auf dem Grundsatz einer kontinuierlichen bezahlten Beschäftigung beruhen, und in der Erwägung, dass ein individuelles

Recht auf ein Mindesteinkommen als Schutz gegen Armut nicht von beschäftigungsbezogenen Beiträgen abhängen sollte,

Or. en

**Änderungsantrag 25
Karima Delli**

**Entschließungsantrag
Erwägung F b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Fb. in der Erwägung, dass die Jugendarbeitslosigkeit auf ein nie da gewesenes Niveau gestiegen ist und in der Europäischen Union 21,4 % beträgt, darunter 7,6 % in den Niederlanden, 44,5 % in Spanien und 43,8 % in Lettland, und dass Jugendlichen angebotene Ausbildungsgänge und Praktika oft unbezahlt oder schlecht vergütet sind,

Or. en

**Änderungsantrag 26
Karima Delli**

**Entschließungsantrag
Erwägung F c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Fc. in der Erwägung, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem Arbeitsplatzabbau führt, der sich nach Schätzungen auf Arbeitsplatzverluste von mehr als 5 Millionen seit September 2008 beläuft, und dass prekäre Arbeitsverhältnisse zunehmen,

Or. en

Änderungsantrag 27
Franz Obermayr

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag

G. in der Erwägung, dass das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten soll, die Aufmerksamkeit auf das Problem der sozialen Ausgrenzung zu lenken und die aktive soziale Einbeziehung zu fördern, was eine **gerechte** Verteilung **der Einkommen und** des Reichtums sowie Maßnahmen erfordert, die einen tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sichern,

Geänderter Text

G. in der Erwägung, dass das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten soll, die Aufmerksamkeit auf das Problem der **Armut, und der damit verbundenen** sozialen Ausgrenzung zu lenken und die aktive soziale Einbeziehung zu fördern, was eine **gerechtere** Verteilung des Reichtums sowie Maßnahmen erfordert, die einen tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sichern,

Or. de

Änderungsantrag 28
Karima Delli

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag

G. in der Erwägung, dass das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten soll, die Aufmerksamkeit auf das Problem der sozialen Ausgrenzung zu lenken und die aktive soziale Einbeziehung zu fördern, was eine gerechte Verteilung der Einkommen und des Reichtums sowie Maßnahmen erfordert, die einen tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sichern,

Geänderter Text

G. in der Erwägung, dass das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten soll, die Aufmerksamkeit auf das Problem der sozialen Ausgrenzung zu lenken und **die Maßnahmen dagegen zu verbessern, die dazu ein angemessenes Einkommen, den Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen und Konzepte zur Unterstützung menschenwürdiger Arbeit sicherzustellen, und** eine gerechte Verteilung der Einkommen und des Reichtums sowie Maßnahmen erfordert, die einen tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sichern,

Änderungsantrag 29
Traian Ungureanu

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag

G. in der Erwägung, dass das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut **und sozialer** Ausgrenzung **einen wesentlichen Beitrag dazu leisten soll, die Aufmerksamkeit auf das Problem der sozialen Ausgrenzung zu lenken und die aktive soziale Einbeziehung zu fördern, was eine gerechte Verteilung der Einkommen und des Reichtums sowie Maßnahmen erfordert, die einen tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sichern,**

Geänderter Text

G. in der Erwägung, dass das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut **stärker für soziale** Ausgrenzung **sensibilisieren und die Instrumente und Maßnahmen fördern muss, die genutzt werden sollen, um gegen die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den europäischen Regionen vorzugehen,**

Änderungsantrag 30
Livia Járóka

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag

G. in der Erwägung, dass das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten soll, die Aufmerksamkeit auf das Problem der sozialen Ausgrenzung zu lenken und die aktive soziale Einbeziehung zu fördern, was eine gerechte Verteilung der Einkommen und des Reichtums sowie Maßnahmen erfordert, die einen tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sichern,

Geänderter Text

G. in der Erwägung, dass das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten soll, die Aufmerksamkeit auf das Problem der sozialen Ausgrenzung zu lenken und die aktive soziale Einbeziehung zu fördern, was eine gerechte Verteilung der Einkommen und des Reichtums sowie Maßnahmen erfordert, die einen tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sichern, **und dass Mindesteinkommen ein geeignetes Sicherheitsnetz für gefährdete Menschen am Rande der Gesellschaft, die von Armut**

*und sozialer Ausgrenzung bedroht sind,
bieten können,*

Or. en

**Änderungsantrag 31
Traian Ungureanu**

**Entschließungsantrag
Erwägung H a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ha. in der Erwägung, dass die wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten in der EU27 korrekt bewertet werden müssen, um die Mitgliedstaaten zu veranlassen, eine Mindesteinkommensschwelle festzusetzen, die zur Verbesserung der Lebensstandards beitragen und dennoch weiterhin wettbewerbsfördernd wirken würde,

Or. en

**Änderungsantrag 32
Traian Ungureanu**

**Entschließungsantrag
Erwägung J**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

J. in der Erwägung der vielfältigen Aspekte, die Armut und soziale Ausgrenzung ausmachen *und angesichts besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen (Kinder, Frauen und ältere Menschen), einschließlich der Menschen mit Behinderung, Zuwanderer, Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Obdachlose*, sowie der Notwendigkeit, *die Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in andere Politikbereiche einfließen zu lassen, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen*

J. in der Erwägung der vielfältigen Aspekte, die Armut und soziale Ausgrenzung ausmachen, sowie der Notwendigkeit, *Maßnahmen und Instrumente zur Verhütung und Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in andere europäische Politiken einzubeziehen, Leitlinien für die Mitgliedstaaten festzusetzen, um diese in die nationalen politischen Maßnahmen zu integrieren und dadurch den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, einem gerechten sozio-ökonomischen Umfeld, Arbeitsbedingungen und Rechten*

Dienstleistungen, zu qualitativ hochwertigen und mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen und zu einem Einkommen zu gewährleisten, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht,

sicherzustellen, die eine angemessene Entlohnung gestatten und wettbewerbsfähige Märkte begünstigen,

Or. en

Änderungsantrag 33
Karima Delli

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag

J. in der Erwägung der vielfältigen Aspekte, die Armut und soziale Ausgrenzung ausmachen und angesichts besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen (Kinder, Frauen **und** ältere Menschen), einschließlich der Menschen mit Behinderung, Zuwanderer, Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Obdachlose, sowie der Notwendigkeit, die Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in andere Politikbereiche einfließen zu lassen, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, zu qualitativ hochwertigen und mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen und zu einem Einkommen zu gewährleisten, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht,

Geänderter Text

J. in der Erwägung der vielfältigen Aspekte, die Armut und soziale Ausgrenzung ausmachen und angesichts besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen (Kinder, Frauen, ältere Menschen, **Menschen mit Behinderung und andere**), einschließlich der Menschen mit Behinderung, Zuwanderer (**darunter Migranten ohne gültige Ausweispapiere und ethnische Minderheiten einschließlich Roma**), Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Obdachlose, sowie der Notwendigkeit, die Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in andere Politikbereiche einfließen zu lassen, um **qualitativ hochwertige Sozialsicherungs- und Sozialschutzsysteme** sowie den allgemeinen Zugang zu **qualitativ hochwertigen** öffentlichen Dienstleistungen, zu qualitativ hochwertigen und mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen und zu einem Einkommen zu gewährleisten, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht,

Or. en

Änderungsantrag 34
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag

J. in der Erwägung der vielfältigen Aspekte, die Armut und soziale Ausgrenzung ausmachen und angesichts besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen (Kinder, Frauen und ältere Menschen), einschließlich der Menschen mit Behinderung, Zuwanderer, Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Obdachlose, sowie der Notwendigkeit, die Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in andere Politikbereiche einfließen zu lassen, um den allgemeinen Zugang zu **öffentlichen** Dienstleistungen, zu qualitativ hochwertigen und mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen und zu einem **Einkommen** zu gewährleisten, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht,

Geänderter Text

J. in der Erwägung der vielfältigen Aspekte, die Armut und soziale Ausgrenzung ausmachen und angesichts besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen (Kinder, Frauen und ältere Menschen), einschließlich der Menschen mit Behinderung, Zuwanderer, Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Obdachlose, sowie der Notwendigkeit, die Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in andere Politikbereiche einfließen zu lassen, um den allgemeinen Zugang zu **öffentlicher Infrastruktur und** Dienstleistungen **von allgemeinem Interesse**, zu qualitativ hochwertigen und mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen und zu einem **der Armutsprävention dienenden garantierten Mindesteinkommen** zu gewährleisten, das **soziale, kulturelle und politische Teilhabe** sowie ein menschenwürdiges Leben ermöglicht,

Or. en

Änderungsantrag 35
Ádám Kósa

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag

J. in der Erwägung der vielfältigen Aspekte, die Armut und soziale Ausgrenzung ausmachen und angesichts besonders **gefährdeter** Bevölkerungsgruppen (Kinder, Frauen und

Geänderter Text

J. in der Erwägung vielfältigen Aspekte, die Armut und soziale Ausgrenzung ausmachen und angesichts besonders **bedürftiger** Bevölkerungsgruppen (Kinder, Frauen und ältere Menschen),

ältere Menschen), einschließlich der Menschen mit Behinderung, Zuwanderer, Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Obdachlose, sowie der Notwendigkeit, die Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in andere Politikbereiche einfließen zu lassen, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, zu *qualitativ* hochwertigen und mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen und zu einem Einkommen zu gewährleisten, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht,

einschließlich der Menschen mit Behinderung, Zuwanderer, Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Obdachlose, sowie der Notwendigkeit, die Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in andere Politikbereiche einfließen zu lassen, um den allgemeinen Zugang zu **barrierefreien** öffentlichen Dienstleistungen, zu hochwertigen und mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen und zu einem Einkommen zu gewährleisten, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht,

Or. hu

Änderungsantrag 36 **Kinga Göncz**

Entschließungsantrag **Erwägung J**

Entschließungsantrag

J. in der Erwägung der vielfältigen Aspekte, die Armut und soziale Ausgrenzung ausmachen und angesichts besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen (Kinder, Frauen und ältere Menschen), einschließlich der Menschen mit Behinderung, Zuwanderer, Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Obdachlose, sowie der Notwendigkeit, die Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in andere Politikbereiche einfließen zu lassen, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, zu qualitativ hochwertigen und mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen und zu einem Einkommen zu gewährleisten, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht,

Geänderter Text

J. in der Erwägung der vielfältigen Aspekte, die Armut und soziale Ausgrenzung ausmachen und angesichts besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen (Kinder, Frauen und ältere Menschen), einschließlich der Menschen mit Behinderung, Zuwanderer, ***Minderheiten (insbesondere Roma)***, Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Obdachlose, sowie der Notwendigkeit, die Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in andere Politikbereiche einfließen zu lassen, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, zu qualitativ hochwertigen und mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen und zu einem Einkommen zu gewährleisten, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht,

Änderungsantrag 37
Kinga Göncz, Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag

J. in der Erwägung der vielfältigen Aspekte, die Armut und soziale Ausgrenzung ausmachen und angesichts besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen (Kinder, Frauen und ältere Menschen), einschließlich der Menschen mit Behinderung, Zuwanderer, Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Obdachlose, sowie der Notwendigkeit, die Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in andere Politikbereiche einfließen zu lassen, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, zu *qualitativ hochwertigen* und mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen und zu einem Einkommen zu gewährleisten, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht,

Geänderter Text

J. in der Erwägung der vielfältigen Aspekte, die Armut und soziale Ausgrenzung ausmachen und angesichts besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen (Kinder, Frauen und ältere Menschen), einschließlich der Menschen mit Behinderung, Zuwanderer, Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Obdachlose, sowie der Notwendigkeit, die Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in andere Politikbereiche einfließen zu lassen, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, zu *menschenwürdigen* und mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen und zu einem Einkommen zu gewährleisten, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht,

Änderungsantrag 38
Sergio Gaetano Cofferati, Silvia Costa

Entschließungsantrag
Erwägung J a (neu)

Entschließungsantrag

Ja. in der Erwägung, dass sich der überaus hohe Verbreitungsgrad der Armut nicht nur auf den sozialen Zusammenhalt in Europa auswirkt, sondern auch auf die europäische Wirtschaft, da die ständige Ausgrenzung

Geänderter Text

großer Teile der Gesellschaft die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft schwächt und den Druck auf die öffentlichen Haushalte erhöht,

Or. en

Änderungsantrag 39
Karima Delli

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag

K. in der Erwägung, dass ein globales Ziel festgelegt werden muss, in dem der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt und der Schutz der grundlegenden Menschenrechte Vorrang haben, was ein Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik und eine gerechte Verteilung des Reichtums und der Einkommen erfordert,

Geänderter Text

K. in der Erwägung, dass – **insbesondere in der Strategie Europa 2020** – ein globales Ziel festgelegt werden muss, in dem der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt und der Schutz der grundlegenden Menschenrechte Vorrang haben, was ein Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik und eine gerechte Verteilung des Reichtums und der Einkommen erfordert,

Or. en

Änderungsantrag 40
Kinga Göncz, Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag

K. in der Erwägung, dass ein globales Ziel festgelegt werden muss, in dem der wirtschaftliche **und** soziale Zusammenhalt und der Schutz der grundlegenden Menschenrechte Vorrang haben, was ein Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik und eine gerechte Verteilung des Reichtums und der Einkommen erfordert,

Geänderter Text

K. in der Erwägung, dass ein globales Ziel festgelegt werden muss, in dem der wirtschaftliche, soziale **und territoriale** Zusammenhalt und der Schutz der grundlegenden Menschenrechte Vorrang haben, was ein Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial-, **Regional-** und Umweltpolitik und eine gerechte Verteilung des Reichtums und der Einkommen erfordert,

Or. en

Änderungsantrag 41
Franz Obermayr

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag

K. in der Erwägung, dass ein globales Ziel festgelegt werden muss, in dem der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt und der Schutz der grundlegenden Menschenrechte Vorrang haben, was ein Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik und eine **gerechte** Verteilung des Reichtums **und der Einkommen** erfordert,

Geänderter Text

K. in der Erwägung, dass ein globales Ziel festgelegt werden muss, in dem der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt und der Schutz der grundlegenden Menschenrechte Vorrang haben, was ein Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik und eine **gerechtere** Verteilung des Reichtums erfordert,

Or. de

Änderungsantrag 42
Frédéric Daerden

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag

K. in der Erwägung, dass ein globales Ziel festgelegt werden muss, in dem der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt und der Schutz der grundlegenden Menschenrechte Vorrang haben, was ein Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik und eine gerechte Verteilung des Reichtums und der Einkommen erfordert,

Geänderter Text

K. in der Erwägung, dass ein globales Ziel festgelegt werden muss, in dem der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt und der Schutz der grundlegenden Menschenrechte Vorrang haben, was ein Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik und eine gerechte Verteilung des Reichtums und der Einkommen erfordert, **und somit in der Erwägung, dass für alle Entscheidungen Abschätzungen der sozialen Folgen vorgenommen werden müssen und die im Vertrag von Lissabon vorgesehene soziale Querschnittsklausel anzuwenden ist,**

Or. fr

Änderungsantrag 43
Ádám Kósa

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag

K. in der Erwägung, dass ein globales Ziel festgelegt werden muss, in dem der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt und der Schutz der grundlegenden Menschenrechte Vorrang haben, was ein Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik und eine gerechte Verteilung des Reichtums und der Einkommen erfordert,

Geänderter Text

K. in der Erwägung, dass ein globales Ziel festgelegt werden muss, in dem der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt und der Schutz der grundlegenden Menschenrechte Vorrang haben, was ***unter Berücksichtigung der sich dramatisch ändernden Abhängigkeitsrate*** ein Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik und eine gerechte Verteilung des Reichtums und der Einkommen erfordert,

Or. hu

Änderungsantrag 44
Licia Ronzulli

Entschließungsantrag
Erwägung K a (neu)

Entschließungsantrag

Ka. in der Erwägung, dass die Achtung der Menschenwürde ein Grundprinzip der Europäischen Union ist, deren Handeln darauf abzielt, die Vollbeschäftigung und den sozialen Fortschritt zu fördern, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen, sowie die soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherung zu fördern;

Geänderter Text

Ka. in der Erwägung, dass die Achtung der Menschenwürde ein Grundprinzip der Europäischen Union ist, deren Handeln darauf abzielt, die Vollbeschäftigung und den sozialen Fortschritt zu fördern, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen, sowie die soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherung zu fördern;

Or. it

Änderungsantrag 45
Traian Ungureanu

Entschließungsantrag
Erwägung K a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ka. in der Erwägung, dass das Hauptziel bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung darin bestehen sollte, Arbeitsplätze zu schaffen, mit denen ein gerechtes Einkommen für menschenwürdige Arbeit gewährleistet wird,

Or. en

Änderungsantrag 46
Thomas Mann

Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag

Geänderter Text

L. in der Erwägung, dass der Einsatz, die Erhöhung und die bessere Verwendung der Strukturfonds für die soziale Einbeziehung und die Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen gewährleistet werden muss,

L. in der Erwägung, dass der Einsatz, die Erhöhung und die bessere Verwendung der Strukturfonds für die soziale Einbeziehung und die Schaffung von qualitativ hochwertigen ***und mit Arbeitnehmerrechten verbundenen*** Arbeitsplätzen gewährleistet werden muss,

Or. de

Begründung

Der doppelte Passus (bestehend aus "qualitativ hochwertigen" und "mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen") aus Erwägungsgrund J sollte auch hier korrekterweise so übernommen werden. Die Betonung von Arbeitnehmerrechten muss zwangsläufig mit qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen einhergehen.

Änderungsantrag 47
Ádám Kósa

Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag

L. in der Erwägung, dass der Einsatz, die Erhöhung und die bessere Verwendung der Strukturfonds für die soziale Integration und die Schaffung von *qualitativ* hochwertigen Arbeitsplätzen gewährleistet werden muss,

Geänderter Text

L. in der Erwägung, dass der Einsatz, die Erhöhung und die bessere Verwendung der Strukturfonds für die soziale Integration und die Schaffung von hochwertigen **barrierefreien** Arbeitsplätzen gewährleistet werden muss,

Or. hu

Änderungsantrag 48
Karima Delli

Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag

L. in der Erwägung, dass der Einsatz, die Erhöhung und die bessere Verwendung der Strukturfonds für die soziale Einbeziehung und die Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen gewährleistet werden muss,

Geänderter Text

L. in der Erwägung, dass der Einsatz, die Erhöhung und die bessere Verwendung der Strukturfonds für **die Armutsprävention**, die soziale Einbeziehung und die Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen gewährleistet werden muss,

Or. en

Änderungsantrag 49
Traian Ungureanu

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag

M. in der Erwägung, welche Rolle die Systeme der sozialen Sicherung dabei spielen, das für die Entwicklung notwendige Niveau des sozialen Zusammenhalts mit dem Ziel der sozialen

Geänderter Text

M. in der Erwägung, welche Rolle die Systeme der sozialen Sicherung dabei spielen, das für die Entwicklung notwendige Niveau des sozialen Zusammenhalts mit dem Ziel der sozialen

Einbeziehung zu sichern, was gleichzeitig bedeutet, das Bildungsniveau *der* vom Arbeitsmarkt *ausgeschlossenen Menschen* zu heben und bei *der Ausübung der Grundrechte* Chancengleichheit zu gewährleisten,

Einbeziehung zu sichern, was gleichzeitig bedeutet, das *Qualifikations- und* Bildungsniveau *derjenigen Menschen, die Gefahr laufen, aufgrund des Wettbewerbsdrucks des Marktes* vom Arbeitsmarkt *ausgeschlossen zu werden*, zu heben und *auch bei dem Einstieg in und dem Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt* Chancengleichheit zu gewährleisten,

Or. en

Änderungsantrag 50
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag

M. in der Erwägung, welche Rolle die Systeme der sozialen Sicherung dabei spielen, das für die Entwicklung notwendige Niveau des sozialen Zusammenhalts mit dem Ziel der sozialen Einbeziehung zu sichern, was gleichzeitig bedeutet, das Bildungsniveau der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Menschen zu heben und bei der Ausübung der Grundrechte Chancengleichheit zu gewährleisten,

Geänderter Text

M. in der Erwägung, welche Rolle die Systeme der sozialen Sicherung dabei spielen, das für die Entwicklung notwendige Niveau des sozialen Zusammenhalts mit dem Ziel der sozialen Einbeziehung zu sichern, was gleichzeitig bedeutet, *ein der Armutsprävention dienendes individuell garantiertes Mindesteinkommen vorzusehen*, das Bildungsniveau der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Menschen zu heben und bei der Ausübung der Grundrechte Chancengleichheit zu gewährleisten,

Or. en

Änderungsantrag 51
Frédéric Daerden, Sergio Gaetano Cofferati

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag

M. in der Erwägung, welche Rolle die Systeme der sozialen Sicherung dabei

Geänderter Text

M. in der Erwägung, welche Rolle die Systeme der sozialen Sicherung dabei

spielen, das für die Entwicklung notwendige Niveau des sozialen Zusammenhalts mit dem Ziel der sozialen Einbeziehung zu sichern, was gleichzeitig bedeutet, das Bildungsniveau der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Menschen zu heben und bei der Ausübung der Grundrechte Chancengleichheit zu gewährleisten,

spielen, das für die Entwicklung notwendige Niveau des sozialen Zusammenhalts mit dem Ziel der sozialen Einbeziehung zu sichern **und die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise abzufangen**, was gleichzeitig bedeutet, das Bildungsniveau der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Menschen zu heben und bei der Ausübung der Grundrechte Chancengleichheit zu gewährleisten,

Or. fr

Änderungsantrag 52

Sergio Gaetano Cofferati, Silvia Costa, Raffaele Baldassarre

Entschließungsantrag

Erwägung M a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ma. in der Erwägung, dass die Einführung und Stärkung von Mindesteinkommenssystemen wichtig und wirksam ist, wenn es darum geht, Armut durch die Förderung der sozialen Einbeziehung und des Zugangs zum Arbeitsmarkt sowie dadurch zu überwinden, dass ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird,

Or. en

Änderungsantrag 53

Corina Crețu

Entschließungsantrag

Erwägung M a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ma. in der Erwägung, dass in der Europäischen Union einer von fünf Jugendlichen unter 25 Jahren keine Arbeit hat, dass jedoch die über 55-jährigen Arbeitnehmer zu den am stärksten von der Arbeitslosigkeit

betroffenen Unionsbürgern gehören und darüber hinaus mit dem spezifischen und schwerwiegenden Problem konfrontiert sind, dass die Chancen auf einen Arbeitsplatz mit zunehmenden Alter sinken,

Or. ro

Änderungsantrag 54
Sergio Gaetano Cofferati, Silvia Costa, Raffaele Baldassarre

Entschließungsantrag
Erwägung M b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Mb. in der Erwägung, dass Mindesteinkommenssysteme ein wichtiges Instrument sind, um Menschen, die die Folgen von sozialer Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit überwinden müssen, Sicherheit zu bieten, und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu fördern; ferner in der Erwägung, dass solche Mindesteinkommenssysteme eine wichtige Rolle spielen bei der Umverteilung des Reichtums und der Gewährleistung von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit und, insbesondere in Krisenzeiten, antizyklisch wirken, indem sie zusätzliche Ressourcen zur Stärkung der Nachfrage und des Verbrauchs im Binnenmarkt zur Verfügung stellen,

Or. en

Änderungsantrag 55
Corina Crețu

Entschließungsantrag
Erwägung N a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Na. in Erwägung der in gesellschaftlicher Hinsicht schmerzlichen Auswirkungen

der Wirtschaftskrise, infolge derer in den letzten beiden Jahren über 6 Mio. Unionsbürger arbeitslos wurden,

Or. ro

Änderungsantrag 56
Ilda Figueiredo

Entschließungsantrag
Erwägung N a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Na. in Erwägung der Schwere der wirtschaftlichen und sozialen Krise und ihrer Auswirkungen auf die Verschärfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit (von 6,7 % Anfang des Jahres 2008 auf 9,5 % Ende des Jahres 2009) und einer Langzeitarbeitslosigkeit, von der inzwischen einer von drei Arbeitslosen betroffen ist, wobei diese Situation in Ländern mit einer noch anfälligeren Volkswirtschaft noch kritischer ist,

Or. pt

Änderungsantrag 57
Ilda Figueiredo

Entschließungsantrag
Erwägung N b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Nb. in der Erwägung, dass einige Mitgliedstaaten vom Rat und von der Kommission sowie von internationalen Organisationen wie dem IWF gezwungen werden, ihr Haushaltsdefizit, das infolge der Krise angestiegen ist, in kurzer Zeit zu verringern, und dass diese Mitgliedstaaten ihre Ausgaben einschließlich der Sozialausgaben kürzen, wodurch der Sozialstaat geschwächt und die Armut

verschärft wird,

Or. pt

Änderungsantrag 58
Ilda Figueiredo

Entschließungsantrag
Erwägung N c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Nc. in Erwägung der Verschärfung der sozialen Ungleichheiten in einigen Mitgliedstaaten, die insbesondere auf die wirtschaftliche Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen und des Reichtums zurückzuführen sind, sowie der Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt mit sozialer Prekarität, der Ungleichheiten beim Zugang zu den Sozialfunktionen des Staates, u.a. soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Justiz und anderen,

Or. pt

Änderungsantrag 59
Ilda Figueiredo

Entschließungsantrag
Erwägung N d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Nd. in Erwägung der Durchführung der europäischen Politik für die soziale Eingliederung, insbesondere der Ziele und des Anfang des 21. Jahrhunderts im Rahmen der Lissabon-Strategie gebilligten einschlägigen Europäischen Programms, das die Anwendung der offenen Methode der Koordinierung und gemeinsame Ziele, die im Rahmen nationaler Aktionspläne zu verwirklichen sind, vorsieht,

Änderungsantrag 60
Ilda Figueiredo

Entschließungsantrag
Erwägung N e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ne. in der Erwägung, dass es in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union aus diversen Gründen viele Obdachlose gibt, was spezielle Maßnahmen zu ihrer Eingliederung in die Gesellschaft erfordert,

Änderungsantrag 61
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag

Geänderter Text

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung **wirksam und spürbar** durch eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums **verringert** werden **und die** dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt **verleihen**, einschließlich der Zusicherung **eines angemessenen Mindesteinkommens** in der gesamten Europäischen Union;

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung durch eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums **beseitigt** werden, **wodurch** dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt **verliehen würden**, einschließlich der Zusicherung **von der Armutsprävention dienenden und sozial integrativen Mindesteinkommenssystemen** in der gesamten Europäischen Union;

Änderungsantrag 62
Licia Ronzulli

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung **wirksam und** spürbar durch **eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums** verringert werden und die dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen, **einschließlich der Zusicherung** eines angemessenen **Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union;**

Geänderter Text

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung spürbar verringert werden, **indem angemessene Einkommen garantiert werden**, und die dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen; **ermutigt die Mitgliedstaaten, ihre politischen Strategien im Hinblick auf die Sicherstellung** eines angemessenen **Einkommens zu überprüfen;**

Or. it

Änderungsantrag 63
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar durch eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums verringert werden und die **dem Europäischen Jahr** zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie **der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen**, einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union;

Geänderter Text

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar durch eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums verringert werden und die **im Hinblick auf das Europäische Jahr** zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie **die Erfüllung der Millenniumsziele ein starkes politisches Vermächtnis darstellen**, einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union **und der aktiven Arbeit für die Förderung angemessener Einkommens- und Sozialschutzsysteme weltweit;**

Änderungsantrag 64
Franz Obermayr

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar durch eine **gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums** verringert werden und die dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen, einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union;

Geänderter Text

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar durch eine **gerechtere Verteilung** des Reichtums verringert werden und die dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen, einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union;

Änderungsantrag 65
Pascale Gruny

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar **durch eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums** verringert werden und die dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen, einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union;

Geänderter Text

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar **durch die Suche nach Wegen zur Rückkehr in die Beschäftigung** verringert werden und die dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen, einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union;

Änderungsantrag 66
Ria Oomen-Ruijten

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar **durch eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums** verringert werden und die dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen, einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens **in der gesamten Europäischen Union**;

Geänderter Text

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar verringert werden und die dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele **wirkliche** Bedeutung und Inhalt verleihen, einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens **auf der Grundlage nationaler Rechtsvorschriften oder tarifvertraglicher Vereinbarungen**;

Or. nl

Änderungsantrag 67
Ole Christensen, Liisa Jaakonsaari, Olle Ludvigsson

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar durch eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums verringert werden und die dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen, **einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union**;

Geänderter Text

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar durch eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums verringert werden und die dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen, **und zwar im Einklang mit den unterschiedlichen Verfahren, Tarifverhandlungen und nationalen Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten**;

Or. en

Änderungsantrag 68
Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar durch eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums verringert werden und die dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen, einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union;

Geänderter Text

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar durch eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums verringert werden und die dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen, einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union; **betont, dass Armutsbekämpfung mit der Schaffung von "guten" Arbeitsplätzen beginnt - gerade auch für am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen; vertritt die Auffassung, dass wer Vollzeit arbeitet, in der Lage sein muss, seinen Lebensunterhalt davon zu bestreiten; weist darauf hin, dass Sozialstaatspolitik damit auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik bedeutet;**

Or. de

Änderungsantrag 69
Frédéric Daerden

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar durch eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums verringert werden und die dem

Geänderter Text

1. unterstreicht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, mit deren Hilfe Armut und soziale Ausgrenzung wirksam und spürbar durch eine gerechte Umverteilung der Einkommen und des Reichtums verringert werden und die dem

Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen, einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union;

Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Erfüllung der Millenniumsziele Bedeutung und Inhalt verleihen, einschließlich der Zusicherung eines angemessenen Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union, **unter Berücksichtigung der tarifvertraglichen Gepflogenheiten oder der Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten**;

Or. fr

Änderungsantrag 70
Licia Ronzulli

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

1a. weist darauf hin, dass der jüngste Wirtschaftsabschwung, mit dem ein Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine Abnahme der Beschäftigungsmöglichkeiten einherging, mehr Menschen dem Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung aussetzt; dies gilt vor allem für einige Mitgliedstaaten, die von Langzeitarbeitslosigkeit oder Langzeit-Nichterwerbstätigkeit betroffen sind;

Or. it

Änderungsantrag 71
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

1a. fordert, dass echte Fortschritte bei der Angemessenheit von Mindesteinkommenssystemen erzielt werden, damit es möglich wird, jedes

Kind, jeden Erwachsenen und jeden älteren Menschen aus der Armut herauszuführen und deren Recht auf ein Leben in Würde durchzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 72
Kinga Göncz, Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

1a. betont, welche Unterschiede es in verschiedenen Bereichen (Gesundheitswesen, Wohnung, Bildung, Einkommen und Beschäftigung) zwischen den in Armut lebenden gesellschaftlichen Gruppen gibt; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, diese Unterschiede bei ihren gezielten Maßnahmen zu berücksichtigen; betont, dass der wirksamste Weg zur Verringerung von Armut darin besteht, den Arbeitsmarkt allen zugänglich zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 73
Konstantinos Poupakis

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

1a. betont, dass die Programme zugunsten des lebenslangen Lernen als grundlegendes Instrument gegen Armut und soziale Ausgrenzung insofern besonders wichtig genommen werden müssen, als sie die Beschäftigungsfähigkeit und der Zugang zum Wissen und zum Arbeitsmarkt verbessern; hält es für notwendig, Anreize zur verstärkten Inanspruchnahme des

*lebenslangen Lernens durch
Arbeitskräfte, Arbeitslose und alle
schutzbedürftigen Gruppen der
Gesellschaft zu schaffen und
wirkungsvoll gegen die Faktoren
vorzugehen, die Menschen zum Ausstieg
veranlassen, sowie das Niveau der
Berufsqualifikationen und des Erwerbs
zusätzlicher Fähigkeiten zu verbessern,
die eine schnellere Wiedereingliederung in
den Arbeitsmarkt bewirken, die
Produktivität erhöhen und Menschen bei
der Suche nach einem besseren
Arbeitsplatz unterstützen können;*

Or. el

**Änderungsantrag 74
Traian Ungureanu**

**Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*1a. betont, dass auf Ebene der
Mitgliedstaaten gehandelt werden muss,
wenn es um die Schaffung einer auf
relevanten Indikatoren basierenden
Schwelle für Mindesteinkommen geht, um
den sozialen und wirtschaftlichen
Zusammenhalt zu gewährleisten und die
Gefahr ungleicher Vergütungsniveaus für
gleiche Arbeit sowie einer armen
Bevölkerung in der gesamten
Europäischen Union zu verringern, und
dass die Europäische Union deutlichere
Empfehlungen im Hinblick auf diese
Arten von Maßnahmen aussprechen
muss;*

Or. en

Änderungsantrag 75
Licia Ronzulli

Entschließungsantrag
Ziffer 1 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

1b. betont, dass Erwerbstätigkeit als wirksamster Schutz gegen Armut gesehen werden muss und dass daher Maßnahmen zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit angenommen werden müssen, mit denen qualitative Ziele für die angebotenen Stellen festgelegt werden;

Or. it

Änderungsantrag 76
Konstantinos Poupakis

Entschließungsantrag
Ziffer 1 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

1b. betont, dass ein transparentes und gerechtes Besteuerungssystem geschaffen werden muss, das eine vollständige Harmonisierung zwischen der Steuerbelastung und der Fähigkeit, Steuern zu zahlen, gewährleistet und in dem Steuerermäßigungen für Familien, für schutzbedürftige Gesellschaftsgruppen (ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen usw.), für den Mittelstand und für die untersten Gesellschaftsschichten vorgesehen werden, damit diese Gruppen nicht dem Armutsrisiko ausgesetzt sind;

Or. el

Änderungsantrag 77
Konstantinos Poupakis

Entschließungsantrag
Ziffer 1 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

1c. betont, dass Maßnahmen auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene zum Schutz der Bürger und Verbraucher vor unfairen Bedingungen in Bezug auf Kreditrückzahlung und Kreditkarten getroffen werden müssen und dass Bedingungen für den Zugang zu Darlehen festgelegt werden müssen, mit deren Hilfe verhindert wird, dass Haushalte in Überschuldung und damit in Armut und soziale Ausgrenzung geraten;

Or. el

Änderungsantrag 78
Ole Christensen, Liisa Jaakonsaari, Olle Ludvigsson

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale Dimension und die Nachhaltigkeit makroökonomischer Politiken als Bestandteil der Strategie zur Überwindung der Krise und zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, ***was eine Änderung der Prioritäten und Politiken – insbesondere der Währungspolitik einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Wettbewerbs-, Binnenmarkts-, Haushalts- und Steuerpolitik – erfordert;***

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale Dimension und die Nachhaltigkeit makroökonomischer Politiken als Bestandteil der Strategie zur Überwindung der Krise und zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt;

Or. en

Änderungsantrag 79
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale **Dimension** und die Nachhaltigkeit makroökonomischer Politiken als Bestandteil der **Strategie** zur Überwindung der Krise **und zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, was eine Änderung der Prioritäten und Politiken – insbesondere der Währungspolitik einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Wettbewerbs-, Binnenmarkts-, Haushalts- und Steuerpolitik – erfordert;**

Geänderter Text

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die **Notwendigkeit**, soziale **Zielsetzungen** und die Nachhaltigkeit makroökonomischer Politiken **in alle Politikbereiche einzubeziehen, wodurch der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt** als Bestandteil der **Strategien** zur Überwindung der Krise **sowie der Strategie Europa 2020 gefördert wird; betont, dass dazu eine sektorübergreifende soziale Leitlinie sowie eine wirksame soziale Folgenabschätzung gehören, die gewährleisten, dass** Prioritäten und Politiken – insbesondere der Währungspolitik einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Wettbewerbs-, Binnenmarkts-, Haushalts- und Steuerpolitik – **zum sozialen Zusammenhalt beitragen und diesen nicht behindern;**

Or. en

Änderungsantrag 80
Sylvana Rapti

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale Dimension und die Nachhaltigkeit makroökonomischer *Politiken* als Bestandteil der Strategie zur Überwindung der Krise und zum wirtschaftlichen und sozialen

Geänderter Text

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale Dimension und die Nachhaltigkeit makroökonomischer *Politik* **(unter besonderer Beachtung der empfindlichsten Sektoren der Bevölkerung)** als Bestandteil der Strategie

Zusammenhalt, was eine Änderung der Prioritäten und *Politiken* – insbesondere der Währungspolitik einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Wettbewerbs-, Binnenmarkts-, Haushalts- und Steuerpolitik – erfordert;

zur Überwindung der Krise und zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, was eine Änderung der Prioritäten und *der Politik* – insbesondere der Währungspolitik einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Wettbewerbs-, Binnenmarkts-, Haushalts- und Steuerpolitik – **und die Verabschiedung wirkungsvoller Maßnahmen zur Unterstützung der bedürftigsten Staaten durch geeignete Mechanismen** erfordert ;

Or. el

Änderungsantrag 81
Kinga Göncz, Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale Dimension und die Nachhaltigkeit makroökonomischer Politiken als Bestandteil der Strategie zur Überwindung der Krise und zum wirtschaftlichen **und** sozialen Zusammenhalt, was eine Änderung der Prioritäten und Politiken – insbesondere der Währungspolitik einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Wettbewerbs-, Binnenmarkts-, Haushalts- und Steuerpolitik – erfordert;

Geänderter Text

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale Dimension und die Nachhaltigkeit makroökonomischer Politiken als Bestandteil der Strategie zur Überwindung der Krise und zum wirtschaftlichen, sozialen **und territorialen** Zusammenhalt, was eine Änderung der Prioritäten und Politiken – insbesondere der Währungspolitik einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Wettbewerbs-, Binnenmarkts-, Haushalts- und Steuerpolitik – erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 82
Traian Ungureanu

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von

Geänderter Text

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von

Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale Dimension und die Nachhaltigkeit makroökonomischer Politiken als Bestandteil der Strategie zur Überwindung der Krise und zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, was eine **Änderung** der Prioritäten und *Politiken* – insbesondere der *Währungspolitik* einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, **der Wettbewerbs-, Binnenmarkts-, Haushalts- und Steuerpolitik** – erfordert;

Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale Dimension und die Nachhaltigkeit makroökonomischer Politiken als Bestandteil der Strategie zur Überwindung der Krise und zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, was eine **Neufestlegung** der *währungspolitischen* Prioritäten und *Maßnahmen, wie der beschäftigungspolitischen Maßnahmen, der Wettbewerbs- und Sozialpolitiken und der makroökonomischen Maßnahmen*, einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts erfordert **und voraussetzt, dass danach die Durchführung dieser Maßnahmen sichergestellt wird**;

Or. en

Änderungsantrag 83 **Ádám Kósa**

Entschließungsantrag **Ziffer 2**

Entschließungsantrag

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale Dimension und die Nachhaltigkeit makroökonomischer *Politiken* als *Bestandteil* der Strategie zur Überwindung der Krise *und zum* wirtschaftlichen und sozialen *Zusammenhalt*, was eine Änderung der Prioritäten und *Politiken* – insbesondere der *Währungspolitik* einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Wettbewerbs-, Binnenmarkts-, Haushalts- und Steuerpolitik – erfordert;

Geänderter Text

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale Dimension und die *soziale* Nachhaltigkeit makroökonomischer *Politikbereiche* als *wichtige Bestandteile* *sowohl* der Strategie zur Überwindung der Krise *als auch des* wirtschaftlichen und sozialen *Zusammenhalts*, was eine Änderung der Prioritäten und *der Politik* – insbesondere der *Währungspolitik* einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Wettbewerbs-, Binnenmarkts-, Haushalts- und Steuerpolitik **sowie der Gleichstellungspolitik** – erfordert;

Or. hu

Änderungsantrag 84
Veronica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale Dimension und die Nachhaltigkeit makroökonomischer Politiken als Bestandteil der Strategie zur Überwindung der Krise und zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, was eine Änderung der Prioritäten und Politiken – insbesondere der Währungspolitik einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Wettbewerbs-, Binnenmarkts-, Haushalts- und Steuerpolitik – erfordert;

Geänderter Text

2. hebt die vielfältigen Kennzeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung hervor und betont die soziale Dimension und die Nachhaltigkeit makroökonomischer Politiken als Bestandteil der Strategie zur Überwindung der Krise und zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, was eine Änderung der Prioritäten und Politiken – insbesondere der Währungspolitik einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Wettbewerbs-, Binnenmarkts-, Haushalts- und Steuerpolitik – erfordert, ***mit dem Ziel, einen sicheren Weg aus der Krise zu gewährleisten, zur Haushaltskonsolidierung zurückzukehren und Reformen in Angriff zu nehmen, die die Wirtschaft braucht, um zu Wachstum und mehr Arbeitsplätzen zurückzufinden;***

Or. es

Änderungsantrag 85
Sergio Gaetano Cofferati, Silvia Costa, Raffaele Baldassarre

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag

2a. ersucht die Kommission, eine europäische Rahmenrichtlinie zum Mindesteinkommen vorzulegen, um in der EU Mindesteinkommenssysteme einzuführen. Diese Richtlinie sollte:
– ***die Einführung von Mindesteinkommenssystemen für alle EU-Mitgliedstaaten vorschreiben;***
– ***einen Mindeststandard für die Höhe der wirtschaftlichen Unterstützung festlegen,***

Geänderter Text

*wobei der unterschiedlichen sozio-
ökonomischen Situation in den
Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen ist
und die Entscheidung den Mitgliedstaaten
überlassen werden sollte, ob sie nur eine
finanzielle Unterstützung vorsehen oder
auch einen Zuschuss zu den Wohnkosten,
Lebensmitteln, Kleidung und anderen
Grunderfordernissen leisten;
– Methoden zur Überwachung der
Durchführung der Richtlinie einführen
und Anreize schaffen;
– festlegen, dass die Sozialpartner, die in
Armut lebenden Menschen und andere
relevante Akteure an der Erstellung bzw.
Verbesserung der nationalen
Mindesteinkommenssysteme beteiligt
werden müssen;*

Or. en

Änderungsantrag 86
Corina Crețu

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*2a. ist der Auffassung, dass die Schaffung
von Arbeitsplätzen als erster Schritt bei
der Armutsbekämpfung die vorrangige
Aufgabe der Kommission und der
Regierungen der Mitgliedstaaten ist;*

Or. ro

Änderungsantrag 87
Sergio Gaetano Cofferati, Silvia Costa

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*2a. ist der Ansicht, dass
Mindesteinkommenssysteme in einen
strategischen Ansatz im Hinblick auf die
soziale Integration eingebettet werden*

sollten, der sowohl allgemeine Politiken wie auch gezielte Maßnahmen – in den Bereichen Wohnung, medizinische Versorgung, Aus- und Weiterbildung, Sozialdienste – umfasst und den Menschen hilft, die Armut zu überwinden und aktiv in die Gesellschaft und auf den Arbeitsmarkt zurückzufinden; vertritt die Auffassung, dass das tatsächliche Ziel von Mindesteinkommenssystemen nicht einfach nur die Unterstützung hilfsbedürftiger Menschen ist, sondern in erster Linie darin besteht, die Begünstigten auf dem Weg aus der sozialen Ausgrenzung in das aktive Leben zu begleiten;

Or. en

Änderungsantrag 88
Frédéric Daerden, Sergio Gaetano Cofferati

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2a. fordert die Kommission auf, ihr Initiativrecht zu nutzen und eine Rahmenrichtlinie auf den Weg zu bringen, die den Grundstein für einen angemessenen Mindestlohn in Europa legt, der auf der Grundlage von Kriterien, die alle Mitgliedstaaten teilen, unter Berücksichtigung der tarifvertraglichen Gepflogenheiten oder der Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten festgelegt wird;

Or. fr

Änderungsantrag 89
Frédéric Daerden

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2a. betont die Notwendigkeit, bei der Festlegung der Höhe von Mindesteinkommen auch die Unterhaltsberechtigten zu berücksichtigen, insbesondere die Kinder, um den Teufelskreis der Kinderarmut durchbrechen zu können; ist im Übrigen der Meinung, dass die Kommission jährlich einen Bericht über die Fortschritte bei der Bekämpfung der Kinderarmut erstellen sollte;

Or. fr

**Änderungsantrag 90
Ilda Figueiredo**

**Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2a. besteht darauf, dass die Austeritätspolitik, die zur Zeit zur Bekämpfung der Krise in einigen Ländern durchgeführt wird, geändert werden muss, und betont die Bedeutung wirksamer Maßnahmen der Solidarität einschließlich Unterstützung, Mobilität, vorgezogener Transferzahlungen und der Verringerung der Kofinanzierung aus Haushaltsmitteln, mit denen menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen, die Produktivsektoren unterstützt und die Armut und die soziale Ausgrenzung bekämpft werden sollen und durch die keine neuen Abhängigkeiten entstehen und die Verschuldung auch nicht zunimmt;

Or. pt

Änderungsantrag 91

Sergio Gaetano Cofferati, Silvia Costa, Raffaele Baldassarre

Entschließungsantrag

Ziffer 2 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2b. ist der Ansicht, dass die Einführung von Mindesteinkommenssystemen in allen EU-Mitgliedstaaten – bestehend aus spezifischen Maßnahmen zur Unterstützung von Menschen mit unzureichenden Einkommen durch wirtschaftliche Zuwendungen und einen erleichterten Zugang zu Diensten – eine der effizientesten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, zur Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards und zur Förderung der sozialen Integration darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 92

Frédéric Daerden, Sergio Gaetano Cofferati

Entschließungsantrag

Ziffer 2 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2b. vertritt die Auffassung, dass ein angemessenes Mindesteinkommen bei mindestens 60 % des Durchschnittseinkommens des jeweiligen Mitgliedstaats liegen müsste;

Or. fr

Änderungsantrag 93

Frédéric Daerden

Entschließungsantrag

Ziffer 2 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**2b. fordert den Rat auf,
unmissverständlich – in einer Erklärung
– zugunsten des Grundsatzes eines
angemessenen Mindesteinkommens in
Europa Stellung zu nehmen;**

Or. fr

**Änderungsantrag 94
Ilda Figueiredo**

**Entschließungsantrag
Ziffer 2 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**2b. besteht darauf, dass die Politik der
sozialen Eingliederung, die Anwendung
der offenen Methode der Koordinierung
und die Erfüllung der gemeinsamen Ziele
und der nationalen Aktionspläne
angesichts der Zunahme der Armut im
Sinne einer engagierteren Politik auf
europäischer und nationaler Ebene und
einer Bekämpfung der Armut durch
umfassendere, kohärentere und stärker
auf die Ausmerzungen der absoluten Armut
und der Kinderarmut bis 2015
ausgerichtete Maßnahmen sowie einer
erheblichen Verringerung der
entsprechenden Armut evaluiert werden
müssen;**

Or. pt

**Änderungsantrag 95
Sergio Gaetano Cofferati, Silvia Costa, Raffaele Baldassarre**

**Entschließungsantrag
Ziffer 2 c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2c. betont, dass

Mindesteinkommenssysteme – wie wichtig diese auch sein mögen – von einer koordinierten Strategie auf nationaler und auf EU-Ebene begleitet werden müssen, in deren Mittelpunkt allgemeine Aktionen und spezifische Maßnahmen stehen, wie aktive Arbeitsmarktmaßnahmen für diejenigen Gruppen, die auf dem Arbeitsmarkt am schwersten zu vermitteln sind, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für die am wenigsten qualifizierten Arbeitnehmer, Mindesteinkommen, Politiken des sozialen Wohnbaus und die Bereitstellung von erschwinglichen, zugänglichen und qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten;

Or. en

Änderungsantrag 96
Frédéric Daerden, Sergio Gaetano Cofferati

Entschließungsantrag
Ziffer 2 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2c. weist darauf hin, dass bei Ausbleiben einer Gesetzesinitiative der Kommission, das angemessene Mindesteinkommen durch eine verstärkte Zusammenarbeit derjenigen Mitgliedstaaten gefördert werden könnte, die dies wünschen, und/oder durch Anreize, wie die Verknüpfung der Vergabe von Mitteln aus den europäischen Strukturfonds an die Bedingung der Existenz eines solchen Einkommens in dem jeweiligen Mitgliedstaat;

Or. fr

Änderungsantrag 97
Sergio Gaetano Cofferati, Silvia Costa, Raffaele Baldassarre

Entschließungsantrag
Ziffer 2 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2d. ist überzeugt, dass, wenn im Rat keine Einigung im Hinblick auf die Verabschiedung einer solchen Richtlinie erzielt werden kann, vorgesehen werden sollte, dass eine Gruppe von Mitgliedstaaten im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit weitere Fortschritte in dieser Richtung macht;

Or. en

**Änderungsantrag 98
Traian Ungureanu**

**Entschließungsantrag
Ziffer 3**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der Integration **und** der sozialen Einbeziehung **aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern**, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, **Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen**, zu **Wohnung**, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen **für alle** zu gewährleisten;

3. spricht sich für die Förderung der Integration, der sozialen Einbeziehung sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung **aus**, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits- **und Pflichtschuleinrichtungen**, zu sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen zu gewährleisten;

Or. en

**Änderungsantrag 99
Csaba Sógor**

**Entschließungsantrag
Ziffer 3**

Entschließungsantrag

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die **wirksame** Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 100 **Veronica Lope Fontagné**

Entschließungsantrag **Ziffer 3**

Entschließungsantrag

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um **den allgemeinen** Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz *sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen* Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um **einen besseren** Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz *und arbeitsrechtlich abgesicherten* Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu

gewährleisten;

gewährleisten;

Or. es

Änderungsantrag 101
Kinga Göncz, Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte **und insbesondere der menschlichen Würde** zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang **zum Arbeitsmarkt**, zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 102
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und

nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz *sowie* zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, *gerechten* Löhnen, *menschenwürdigen* Renten und *einem angemessenen Einkommen für alle* zu gewährleisten;

nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, *Energieversorgung, zu* sozialem Schutz *und* zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen *sowie* Löhnen, Renten und *Mindesteinkommen für alle, die Freiheit von Armut garantieren und die Einbindung in das soziale, kulturelle und politische Leben sicherstellen,* zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 103 Thomas Mann

Entschließungsantrag Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz sowie zu *qualitativ hochwertigen und* mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Or. de

Begründung

Der doppelte Passus (bestehend aus "qualitativ hochwertigen" und "mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen") aus Erwägungsgrund J sollte auch hier korrekterweise so übernommen werden. Die Hervorhebung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen muss zwangsläufig mit der Betonung von Arbeitnehmerrechten einhergehen.

Änderungsantrag 104

Ádám Kósa

Entschließungsantrag

Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. spricht sich für die Förderung der Integration und *der sozialen* Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung *der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken* zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen *Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen*, zu *Wohnung*, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der *sozialen* Integration und Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung von *politischen Maßnahmen auf Unions- und nationaler Ebene* zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu sichern, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen *Gesundheitsleistungen, Bildung und Berufsbildung*, zu *Wohnraum*, sozialem Schutz ***ohne physische Hindernisse und Kommunikationsbarrieren*** sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen ***barrierefreien*** Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Or. hu

Änderungsantrag 105

Pascale Gruny

Entschließungsantrag

Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz *sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen* Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz *und arbeitsrechtlich abgesicherten* Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, ***einer Mindestversorgung im Alter, die es allen Rentnern, die ihr Leben lang gearbeitet haben, erlaubt, angemessene Ruhegehälter zu beziehen***, und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Or. fr

Änderungsantrag 106 Birgit Sippel

Entschließungsantrag Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz *sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen*

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz *sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen*

Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten, **da nur so für alle Menschen der Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben umgesetzt werden kann;**

Or. de

Änderungsantrag 107
Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten, **wobei der Zugang zu Bildung - von der vorschulischen Bildung bis hin zum Abschluss des Erststudiums - nach Möglichkeit kostenfrei sein sollte;**

Or. de

Änderungsantrag 108
Frédéric Daerden, Sergio Gaetano Cofferati

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz *sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen* Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen **Einkommen** für alle zu gewährleisten;

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz *und arbeitsrechtlich abgesicherten* Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen **Mindesteinkommen** für alle, *unter Berücksichtigung der tarifvertraglichen Gepflogenheiten oder der Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten*, zu gewährleisten; *weist im Übrigen darauf hin, dass je mehr die Mitgliedstaaten langfristig in eine solche Politik investieren, desto weniger werden Systeme existenzsichernder Haushaltseinkommen in Anspruch genommen werden müssen*;

Or. fr

Änderungsantrag 109
Licia Ronzulli

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von

Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten; **diese Maßnahmen müssen unter uneingeschränkter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips der Mitgliedstaaten angenommen werden;**

Or. it

Änderungsantrag 110

Ole Christensen, Liisa Jaakonsaari, Olle Ludvigsson

Entschließungsantrag

Ziffer 3

Entschließungsantrag

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten;

Geänderter Text

3. spricht sich für die Förderung der Integration und der sozialen Einbeziehung aus, um die Durchsetzung der grundlegenden Menschenrechte zu sichern, sowie für klare Verpflichtungen bei der Formulierung der gemeinschaftlichen und nationalen Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, um den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, zu Wohnung, sozialem Schutz sowie zu mit Arbeitnehmerrechten verbundenen Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen, menschenwürdigen Renten und einem angemessenen Einkommen für alle zu gewährleisten, **und zwar im Einklang mit den unterschiedlichen Verfahren, Tarifverhandlungen und nationalen Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten;**

Änderungsantrag 111
Licia Ronzulli

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3a. verweist auf die Bedürfnisse junger Menschen, die bei der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung vor besonderen Schwierigkeiten stehen und Gefahr laufen, ihre Ausbildung frühzeitig abubrechen; fordert die Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu einem spezifischen Ziel mit eigenen Schwerpunkten erhoben wird, durch eine besondere Initiative, Berufsausbildungsmaßnahmen sowie die Förderung gemeinschaftlicher Programme (lebenslanges Lernen, Erasmus, Mundus) und unternehmerischer Initiativen;

Or. it

Änderungsantrag 112
Konstantinos Poupakis

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3a. stellt fest, dass die Schulabbruchquote und der beschränkte Zugang zu Hochschul- und Universitätsausbildung wesentliche Faktoren für eine hohe Langzeit-Arbeitslosenquote und ein Hemmnis für den sozialen Zusammenhalt sind; stellt fest, dass Maßnahmen gegen diese beiden Problemfaktoren zu den vorrangigen Zielen der Kommission in ihrem Dokument über die „Strategie

2020“ sind und dass deshalb eine Grundlage für die Einführung gezielter Maßnahmen zugunsten des Zugangs junger Menschen zur Bildung in Form von Stipendien, Zuschüssen und Darlehen für Studenten und Initiativen zur Dynamisierung der Schulausbildungsgänge geschaffen werden muss;

Or. el

Änderungsantrag 113
Franz Obermayr

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3a. hebt hervor, dass die gravierende Armut unter den Zuwanderern in der Europäischen Union verschiedene Gründe hat: Zum Einen existieren aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Situation nicht genügend geeignete Arbeitsplätze, zum Anderen besteht bei einem Großteil der Zuwanderer ein erheblicher Mangel an Qualifikation, an sprachlichen Kenntnissen und an Integrationswillen; vertritt die Auffassung, dass zur Bekämpfung der Armut in der Europäischen Union eine gezieltere Zuwanderung stattfinden muss, wobei unqualifizierten Zuwanderern mit geringen Chancen am europäischen Arbeitsmarkt der Zutritt verboten werden sollte, um Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung schon im Vorfeld Einhalt zu gebieten;

Or. de

Änderungsantrag 114
Frédéric Daerden

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3a. vertritt die Auffassung, dass die Kommission prüfen sollte, welche Auswirkungen eine von ihr auf den Weg gebrachte Gesetzesinitiative zur unionsweiten Festsetzung eines Mindestlohns in jedem einzelnen Mitgliedstaat hätte; regt an, im Rahmen einer solchen Studie insbesondere auf den Unterschied zwischen einem angemessenen Mindesteinkommen und dem Mindestlohn in dem jeweiligen Mitgliedstaat sowie auf die Auswirkungen für den Eintritt in den Arbeitsmarkt einzugehen;

Or. fr

Änderungsantrag 115
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3a. fordert, dass das Mindesteinkommen als Anspruch gewährt wird, dass der allgemeine Zugang und die Inanspruchnahme garantiert werden und dass das Mindesteinkommen nicht unter die Armutsgrenze gekürzt werden darf, wenn Einzelpersonen Bedingungen gestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 116
Pascale Gruny

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3a. betont die Notwendigkeit, Arbeitslosengeldregelungen zu erlassen, die Betroffenen ein Abrutschen in die Armut ersparen, und Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu fördern, die eine Rückkehr auf den Arbeitsmarkt, dorthin wo Arbeitskräftemangel herrscht, erleichtern, und zwar unter anderem durch Förderung der Mobilität innerhalb der Europäischen Union;

Or. fr

Änderungsantrag 117
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3a. vertritt die Auffassung, dass eine geeignete Besteuerung sehr hoher Gehälter zur Finanzierung von Systemen der sozialen Sicherheit und eines Mindesteinkommens beitragen könnten;

Or. fr

Änderungsantrag 118
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 3 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3b. betont, dass Investitionen in Mindesteinkommenssysteme ein

Schlüsselement der Armutsverhütung und -bekämpfung darstellen; betont, dass sogar in Krisenzeiten Mindesteinkommenssysteme nicht als Kostenfaktor, sondern als Kernelement zur Bekämpfung der Krise gelten sollten; betont, dass frühzeitige Investitionen zur Bekämpfung der Armut eine erhebliche Rendite einbringen, indem sie der Gesellschaft langfristige Kosten ersparen;

Or. en

**Änderungsantrag 119
Pascale Gruny**

**Entschließungsantrag
Ziffer 3 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3b. verweist auf die Rolle des sozialen Schutzes insbesondere im Zusammenhang mit Krankheit, Familienzulagen, Renten und Behinderungen, und fordert die Mitgliedstaaten auf, den schutzbedürftigsten Personen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, indem sie ihnen ein Minimum an Rechten zusichert, auch wenn sie ohne Erwerbstätigkeit sind;

Or. fr

**Änderungsantrag 120
Licia Ronzulli**

**Entschließungsantrag
Ziffer 3 c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3c. hebt den grundlegenden Anspruch jedes Menschen hervor, im Rahmen eines globalen und kohärenten Instrumentariums zur Bekämpfung der

*sozialen Ausgrenzung ausreichende
Zuwendungen und Leistungen zu
erhalten, um ein menschenwürdiges
Leben führen zu können; fordert die
Mitgliedstaaten im Rahmen einer aktiven
Strategie der sozialen Einbeziehung auf,
nationale politische Maßnahmen zur
Förderung der wirtschaftlichen und
sozialen Eingliederung der betroffenen
Personen zu verabschieden;*

Or. it

Änderungsantrag 121
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 3 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*3c. weist auf die zunehmende Zahl der
erwerbstätigen Armen und die
Notwendigkeit hin, dieser neuen
Herausforderung mit einer Kombination
verschiedener Instrumente zu begegnen;
fordert, dass ein existenzsichernder Lohn
stets über der Armutsgrenze liegen muss;
fordert, dass Arbeitnehmer, die aus
vielfältigen Gründen unter der
Armutsgrenze bleiben, Aufstockungen
erhalten, die nicht an Bedingungen
geknüpft und leicht zugänglich sind; weist
auf gute Erfahrungen in den Vereinigten
Staaten mit negativer Einkommensteuer
hin, mit der Niedriglohneempfänger über
die Armutsgrenze gehoben werden;*

Or. en

Änderungsantrag 122
Frédéric Daerden, Sergio Gaetano Cofferati, Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag

4. nimmt zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission in ihrem Dokument „Strategie Europa 2020“ als eines der fünf Ziele der EU verkündet, die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen senken zu wollen; ist der Auffassung, dass **diese Zahl mindestens verdoppelt werden** und durch geeignete Maßnahmen Glaubwürdigkeit **erlangen muss**;

Geänderter Text

4. nimmt zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission in ihrem Dokument „Strategie Europa 2020“ als eines der fünf Ziele der EU verkündet, die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen senken zu wollen; ist der Auffassung, dass **zu diesem in absoluten Zahlen formulierten Ziel das Ziel einer Reduzierung der Armut um mindestens 25 % in jedem Mitgliedstaat hinzukommen muss, damit jeder Mitgliedstaat motiviert ist, zur Erreichung dieses Ziels beizutragen und ihm** durch geeignete Maßnahmen Glaubwürdigkeit **zu verleihen**;

Or. fr

Änderungsantrag 123

Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag

Ziffer 4

Entschließungsantrag

4. nimmt zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission in ihrem Dokument „Strategie Europa 2020“ als eines der fünf Ziele der EU verkündet, die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen senken zu wollen; **ist der Auffassung**, dass diese Zahl **mindestens verdoppelt werden und** durch geeignete Maßnahmen **Glaubwürdigkeit erlangen muss**;

Geänderter Text

4. nimmt zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission in ihrem Dokument „Europa 2020“ als eines der fünf Ziele der EU verkündet, die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen senken zu wollen; **weist darauf hin**, dass diese Zahl **hinter den ursprünglichen Bestrebungen der Lissabon-Strategie (Armut zu überwinden) zurückbleibt, und ist der Auffassung, dass Armut und soziale Ausgrenzung durch glaubwürdige, konkrete und verbindliche Maßnahmen beseitigt werden müssen**;

Or. en

Änderungsantrag 124
Ádám Kósa

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag

4. *nimmt zur Kenntnis*, dass die Europäische Kommission in ihrem Dokument „Strategie Europa 2020“ als eines der fünf Ziele der EU verkündet, die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen senken zu wollen; ist der Auffassung, dass diese Zahl mindestens verdoppelt werden und durch geeignete Maßnahmen Glaubwürdigkeit erlangen muss;

Geänderter Text

4. *stellt fest*, dass die Europäische Kommission in ihrem Dokument „Strategie Europa 2020“ als eines der fünf Ziele der EU verkündet, die Zahl der armutsgefährdeten Personen um **mindestens** 20 Millionen senken zu wollen; ist der Auffassung, dass diese Zahl mindestens verdoppelt werden und durch geeignete Maßnahmen Glaubwürdigkeit erlangen muss, **insbesondere auch im Hinblick auf die Wirksamkeit der politischen Maßnahmen zur Unterstützung der Bedürftigen**;

Or. hu

Änderungsantrag 125
Licia Ronzulli

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag

4. nimmt zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission in ihrem Dokument „Strategie Europa 2020“ als eines der fünf Ziele der EU verkündet, die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen senken zu wollen; ist der Auffassung, dass **diese Zahl mindestens verdoppelt werden und** durch geeignete Maßnahmen Glaubwürdigkeit **erlangen** muss;

Geänderter Text

4. nimmt zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission in ihrem Dokument „Strategie Europa 2020“ als eines der fünf Ziele der EU verkündet, die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen senken zu wollen; ist der Auffassung, dass **dieser** Zahl durch geeignete Maßnahmen **zu** Glaubwürdigkeit **verholfen werden** muss;

Or. it

Änderungsantrag 126
Sergio Gaetano Cofferati, Silvia Costa

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag

4. nimmt zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission in ihrem Dokument „Strategie Europa 2020“ als eines der fünf Ziele der EU verkündet, die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen senken zu wollen; ist der Auffassung, dass diese Zahl **mindestens verdoppelt werden und** durch geeignete Maßnahmen **Glaubwürdigkeit erlangen** muss;

Geänderter Text

4. nimmt zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission in ihrem Dokument „Europa 2020“ als eines der fünf Ziele der EU verkündet, die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen senken zu wollen; ist der Auffassung, dass diese Zahl durch **konkrete und** geeignete Maßnahmen, **insbesondere durch Einführung von Mindesteinkommenssystemen in allen EU-Mitgliedstaaten erreicht werden** muss;

Or. en

Änderungsantrag 127
Jutta Steinruck, Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag

4. nimmt zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission in ihrem Dokument "Strategie Europa 2020" als eines der fünf Ziele der EU verkündet, die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen senken zu wollen; ist der Auffassung, dass diese Zahl **mindestens verdoppelt werden** und **durch** geeignete Maßnahmen **Glaubwürdigkeit erlangen muss**;

Geänderter Text

4. nimmt zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission in ihrem Dokument "Strategie Europa 2020" als eines der fünf Ziele der EU verkündet, die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen senken zu wollen; ist der Auffassung, dass diese Zahl **zu niedrig ist** und **das Ziel eines armutsfreien Europas nicht aufgegeben werden darf, wozu** geeignete Maßnahmen **zu ergreifen sind**;

Or. de

Änderungsantrag 128
Ilda Figueiredo

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4a. hält die Bekämpfung der sozialen Ungleichheiten für vorrangig, insbesondere der wirtschaftlichen Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen und des Reichtums, der Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt mit sozialer Prekarität und der Ungleichheit beim Zugang zu den Sozialfunktionen des Staates, u.a. soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Justiz und anderen;

Or. pt

Änderungsantrag 129
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4a. fordert den Rat und die Mitgliedstaaten auf, das in dem Dokument „Europa 2020“ verkündete Ziel, bei der Bekämpfung der Armut an dem vom Europäischen Rat auf seiner Tagung in Laeken im Dezember 2001 gebilligten Indikator der relativen Armut (60 % des Durchschnittseinkommens der Haushalte) anzusetzen, weil dieser Indikator die Realität der Armut in den Zusammenhang des jeweiligen Mitgliedstaats setzt, da er ein Verständnis von Armut als relativem Zustand widerspiegelt;

Or. en

Änderungsantrag 130
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4a. fordert die Mitgliedstaaten auf, das von der EU im Bereich der Armut verkündete Ziel in konkrete und erreichbare einzelstaatliche Ziele zu Schwerpunktfragen der EU-Strategie zur Förderung der sozialen Eingliederung wie etwa die Beendigung der Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2015 gemäß der Schriftlichen Erklärung Nr. 0111/2007 umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 131
Gabriele Zimmer, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4a. weist bezüglich des Ziels der Verringerung der Armut auf seine früheren Vorschläge zu folgenden Zielen hin:

- Aufstellung einer EU-Vorgabe für Mindesteinkommenssysteme und beitragspflichtige Ersatzeinkommenssysteme, die eine Einkommensstützung in Höhe von mindestens 60% des nationalen Medianäquivalenzeinkommens leisten sollen, und Vereinbarung eines Zeitplans für die Einhaltung dieser Vorgabe in allen Mitgliedstaaten;***
- Aufstellung einer EU-Vorgabe für Mindestlöhne (gesetzlich, tarifvertraglich vereinbart auf nationaler, regionaler oder Branchenebene), die eine Vergütung von mindestens 60% des maßgeblichen***

*(nationalen, branchenspezifischen usw.)
Durchschnittslohns gewährleistet, und
Vereinbarung eines Zeitplans für die
Einhaltung dieser Vorgabe in allen
Mitgliedstaaten;
– Vereinbarung eines EU-weiten Ziels zur
Beendigung der Obdachlosigkeit bis zum
Jahr 2015 und Entwicklung integrierter
Strategien gegen Obdachlosigkeit durch
alle Mitgliedstaaten mit Blick auf die
Beendigung der Obdachlosigkeit;*

Or. en

Änderungsantrag 132
Pascale Gruny

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*4a. ist der Meinung, dass es die Aufgabe
eines jeden Mitgliedstaats ist, alle
erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen,
um zu verhindern, dass ihre Bürgerinnen
und Bürger in finanzielle Notlagen
geraten, indem sie Überschuldungen
insbesondere durch die Aufnahme von
Bankdarlehen verhindern und zu diesem
Zweck die Einführung einer Steuer für
solche Banken und Finanzinstitute
prüfen, die Kredite an nicht
zahlungsfähige Personen vergeben;*

Or. fr

Änderungsantrag 133
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*4b. fordert die Kommission auf, als
Ergebnis des Europäischen Jahres zur*

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf der Grundlage der Empfehlung 92/441/EWG des Rates über gemeinsame Kriterien für ausreichende Zuwendungen und Leistungen im Rahmen der Systeme der sozialen Sicherung einen Entwurf einer Rahmenrichtlinie des Rates über das Mindesteinkommen vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 134
Gabriele Zimmer, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4b. fordert echte Fortschritte bei der Angemessenheit von Mindesteinkommenssystemen, damit es möglich wird, jedes Kind, jeden Erwachsenen und jeden älteren Menschen aus der Armut herauszuführen und ihr Recht auf ein Leben in Würde durchzusetzen; fordert den Rat auf, eine Einigung über eine gemeinsame Bestimmung des Begriffs der Angemessenheit durch die EU und Festlegung gemeinsamer Methoden für die Ermittlung der Angemessenheit zu erzielen, die einer EU-Rahmenrichtlinie über das Mindesteinkommen zur Erreichung höherer sozialer Standards zugrunde liegen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 135
Gabriele Zimmer, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Ziffer 4 c (neu)

4c. ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten sich ausdrücklich verpflichten müssen, die aktive Eingliederung umzusetzen, indem sie die Verknüpfung mit Auflagen verringern, in unterstützende Aktivierung investieren, sich für ein angemessenes Mindesteinkommen einsetzen und soziale Standards erhöhen, indem sie Beschneidungen gemeinwohlorientierter Kernaufgaben ächten, so dass nicht die Armen für die Krise bezahlen;

Or. en

**Änderungsantrag 136
Licia Ronzulli**

**Entschließungsantrag
Ziffer 5**

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; **fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;**

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt;

Or. it

Änderungsantrag 137

Sergio Gaetano Cofferati, Silvia Costa, Raffaele Baldassarre

Entschließungsantrag

Ziffer 5

Entschließungsantrag

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, ***eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;***

Geänderter Text

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, ***einen Aktionsplan zu entwickeln, der die Umsetzung der europäischen Rahmenrichtlinie über das Mindesteinkommen in den Mitgliedstaaten der EU flankieren soll, um Folgendes auszuarbeiten:***

- gemeinsame Standards und Indikatoren der Bewilligungs- und Zugangsvoraussetzungen für die Mindesteinkommenssysteme,***
- Kriterien, nach denen beurteilt wird, welche institutionellen und territorialen Ebenen – einschließlich der Einbeziehung der Sozialpartner und einschlägigen Betroffenen – eher geeignet sein könnten, um die Maßnahmen der Mindesteinkommenssysteme durchzuführen,***
- gemeinsame Indikatoren und Anhaltspunkte für die Bewertung von Ergebnissen, Erfolgen und Wirksamkeit der Maßnahmen der Armutsbekämpfung,***
- Sicherstellung von Folgemaßnahmen und wirksamem Austausch bewährter***

Änderungsantrag 138
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag

5. ist der Auffassung, dass die **verschiedenartigen** Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um **einen zusätzlichen wichtigen Schritt** zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, **eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren** zu berücksichtigen und generell die Festlegung **eines Mindesteinkommens** in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur **Armutsprävention** und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Geänderter Text

5. ist der Auffassung, dass die **verschiedenen** Erfahrungen mit Mindesteinkommen **sowie mit dem bedingungslosen Grundeinkommen für alle**, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um **wirksame Formen** zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, **weitere Versuche zu unterstützen, Bewährtes** zu berücksichtigen und generell die Festlegung **verschiedener Modelle des Mindest- bzw. Grundeinkommens** in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur **Armutsbekämpfung** und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Änderungsantrag 139
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von

Geänderter Text

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit **zusätzlichen** Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur

Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung *eines Mindesteinkommens* in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur *Armutsprävention* und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, *ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen*;

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung *individuell garantierter, Armut verhindernder Mindesteinkommenssysteme* in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur *Beseitigung der Armut* und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen;

Or. en

Änderungsantrag 140 Ria Oomen-Ruijten

Entschließungsantrag Ziffer 5

Entschließungsantrag

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und *generell die Festlegung eines Mindesteinkommens* in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Geänderter Text

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und *das Mindesteinkommen* in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Or. nl

Änderungsantrag 141
Kinga Göncz, Jutta Steinruck

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Geänderter Text

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, **um ein Leben in Würde für alle zu ermöglichen**, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 142
Veronica Lope Fontagné

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen,

Geänderter Text

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen,

bewährte Verfahren zu berücksichtigen und **generell die Festlegung eines Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme** zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle **zu bejahen**, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

bewährte Verfahren zu berücksichtigen und **sie** zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle **zu fördern**, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Or. es

Änderungsantrag 143 **Csaba Sógor**

Entschließungsantrag **Ziffer 5**

Entschließungsantrag

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur **Armutsprävention** und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Geänderter Text

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung **und zum sozialen Schutz**, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur **Armutsbekämpfung** und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 144 **Ole Christensen, Olle Ludvigsson, Liisa Jaakonsaari**

Entschließungsantrag **Ziffer 5**

Entschließungsantrag

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren **zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union** als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu **bejahen**, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Geänderter Text

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren **im Einklang mit verschiedenen Praktiken, Tarifverhandlungen und innerstaatlichem Recht der Mitgliedstaaten** als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu **berücksichtigen**, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 145
Thomas Mann

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines Mindesteinkommens **in der gesamten**

Geänderter Text

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines Mindesteinkommens als Maßnahme zur

Europäischen Union als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle **Bürger, deren Bedürftigkeit im jeweiligen regionalen Maßstab nachzuweisen ist**, zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Or. de

Begründung

1. Die Europäische Union hat im Bereich der Sozialpolitik nicht die Befugnis, ein Mindesteinkommen europaweit durchzusetzen. 2. Die Forderung nach einem Mindesteinkommen, das eine kulturelle und soziale Teilhabe ermöglicht, muss an die Bedürftigkeit des Empfängers geknüpft sein und darf nicht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen bzw. Bürgergeld abzielen.

Änderungsantrag 146 Franz Obermayr

Entschließungsantrag Ziffer 5

Entschließungsantrag

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Geänderter Text

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, **unter Achtung des Subsidiaritätsprinzips und** ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Änderungsantrag 147
Frédéric Daerden, Sergio Gaetano Cofferati

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen;

Geänderter Text

5. ist der Auffassung, dass die verschiedenartigen Erfahrungen mit Mindesteinkommen, gepaart mit Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung, zeigen, dass es sich um einen zusätzlichen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt; fordert daher die Europäische Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung dieser Erfahrungen auf den Weg zu bringen, bewährte Verfahren zu berücksichtigen und generell die Festlegung eines **angemessenen** Mindesteinkommens in der gesamten Europäischen Union als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen **und unter Berücksichtigung der tarifvertraglichen Gepflogenheiten oder der Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten;**

Or. fr

Änderungsantrag 148
Ilda Figueiredo

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag

5a. ist der Auffassung, dass die Lage der Obdachlosen besondere Aufmerksamkeit verdient und zusätzliche Maßnahmen

Geänderter Text

seitens der Mitgliedstaaten wie auch der Kommission erfordert, die auf die vollständige Eingliederung dieser Menschen in die Gesellschaft bis 2015 abzielen, was die Sammlung vergleichbarer Daten, zuverlässige Statistiken auf gemeinschaftlicher Ebene, deren jährliche Verbreitung zusammen mit den festgestellten Fortschritten und den in den jeweiligen nationalen Strategien und der Gemeinschaftsstrategie zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung festgelegten Ziele voraussetzt;

Or. pt

Änderungsantrag 149
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5a. stimmt mit dem Rat darin überein, dass die Umsetzung der Empfehlung 92/441/EWG in Bezug auf das Mindesteinkommen verbessert werden muss und dass Sozialleistungen ein angemessenes Mindesteinkommen für ein Leben in Würde bieten müssen; erinnert an die Empfehlung der Kommission zur aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen (KOM(2008)0639), in der es heißt: „In den meisten Mitgliedstaaten und für die meisten Familienmodelle reichen Sozialleistungen nicht aus, um die Leistungsempfänger aus der Armut zu befreien“, und fordert, dass alle Systeme, die ein Mindesteinkommen bieten sollen (wie Renten oder Sozialschutzsysteme), mindestens auf die Höhe der relativen Armutsgrenze, die als 60% des Medianäquivalenzeinkommens berechnet ist, angehoben werden müssen; bekräftigt

*seine in seiner EntschlieÙung
vorgebrachte Forderung, eine EU-
Vorgabe für Mindesteinkommenssysteme
und beitragspflichtige
Ersatzeinkommenssysteme mindestens in
dieser Höhe zu vereinbaren, und fordert
einen Zeitplan für die Erreichung dieser
Vorgabe in allen Mitgliedstaaten;*

Or. en

**Änderungsantrag 150
Birgit Sippel**

**EntschlieÙungsantrag
Ziffer 5 a (neu)**

EntschlieÙungsantrag

Geänderter Text

*5a. betont, dass ein angemessenes
Mindesteinkommen unverzichtbarer
Bestandteil für ein würdevolles Leben der
Menschen ist und dass angemessene
Mindesteinkommen und gesellschaftliche
Teilhabe Voraussetzung dafür sind, dass
Menschen ihr Potential voll entfalten und
an der demokratischen Gestaltung von
Gesellschaft mitwirken können;
unterstreicht, dass existenzsichernde
Einkommen darüber hinaus
volkswirtschaftlich zu einer positiven
Dynamik und damit zur
Wohlstandssicherung beitragen;*

Or. de

**Änderungsantrag 151
Konstantinos Poupakis**

**EntschlieÙungsantrag
Ziffer 5 a (neu)**

EntschlieÙungsantrag

Geänderter Text

*5a. betont, dass in allen Mitgliedstaaten
entsprechend den besonderen Merkmalen
der einzelnen Mitgliedstaaten ein
Mindestlohn eingeführt werden muss, um*

ein garantiertes Mindesteinkommen sicherzustellen und das Phänomen der „Armut trotz Arbeit“, der sozialen Ausgrenzung und der bildungsmäßigen Ungleichheiten zu bekämpfen; betont die Notwendigkeit der Einhaltung der in Tarifverträgen und Branchentarifverträgen vorgegebenen Lohngrenzen als Mittel zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens für Arbeitskräfte;

Or. el

Änderungsantrag 152
Ilda Figueiredo

Entschließungsantrag
Ziffer 5 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5b. ist der Ansicht, dass im Zusammenhang mit der Initiative der Kommission für ein garantiertes Mindesteinkommen die Empfehlung 92/441/EWG, in der das Grundrecht der Bürger auf für ein menschenwürdiges Leben erforderliche Leistungen und Mittel anerkannt wird, zu berücksichtigen ist, wobei mit Nachdruck darauf hingewiesen wird, dass das zentrale Ziel von Einkommensstützungssystemen darin bestehen muss, Menschen aus der Armut zu führen und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, weswegen auch Erwerbsunfähigkeitsrenten und menschenwürdige Renten vorzusehen sind; schlägt der Kommission mit diesem Ziel vor Augen vor, in Betracht zu ziehen, eine gemeinsame Methode für die Berechnung des Existenzminimums und der Lebenshaltungskosten (Korb von Waren und Dienstleistungen) einzuführen, um vergleichbare Messgrößen für das Armutsniveau zu

gewährleisten und Methoden für das unabdingbare sozialpolitische Eingreifen festzulegen;

Or. pt

Änderungsantrag 153
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 5 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5b. betont, dass die mangelnde Klarheit, was ein angemessenes Mindesteinkommen für ein Leben in Würde darstellt, geklärt werden muss, und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gemeinsame Kriterien zu vereinbaren, um die Forderung aus der Empfehlung 92/441/EWG des Rates und der Empfehlung der Kommission (KOM(2008)0639) zu erfüllen, dringend eine innerstaatliche Debatte einzuleiten, um zu einem Konsens zu gelangen, welcher Betrag für ein Leben in Würde notwendig ist, und dabei auf partizipative Standardhaushaltsmethoden zurückzugreifen, die als Grundlage für die Meldung und Überwachung der Erfüllung durch die Mitgliedstaaten dienen könnten; fordert die Kommission auf, gemäß den Empfehlungen des Syntheseberichts des EU-Netzwerks unabhängiger Sachverständiger für soziale Eingliederung (Bericht unabhängiger Sachverständiger, OKM Soziales), eine EU-Rahmenrichtlinie über das Mindesteinkommen zu entwickeln, die diese Kriterien beinhaltet;

Or. en

Änderungsantrag 154
Konstantinos Poupakis

Entschließungsantrag
Ziffer 5 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5b. betont, dass gezielte Vorschriften auf europäischer und nationaler Ebene verabschiedet werden müssen, um durch Festlegung einer Mindestarbeitszeit dafür zu sorgen, dass alle Arbeitnehmer in flexiblen bzw. atypischen Beschäftigungsverhältnissen ein garantiertes Mindesteinkommen erhalten, weil die Zahl der Menschen in der EU, die „trotz Arbeit arm“ sind und von denen ein großer Teil „flexibel“ beschäftigte Arbeitskräfte sind, jetzt über 19 Millionen liegt;

Or. el

Änderungsantrag 155
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 5 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5c. fordert, da sich die Nichtinanspruchnahme nach Angaben der OECD auf 20–40 % der Leistungen beläuft, die Mitgliedstaaten auf, dringend Maßnahmen zu treffen, um durch zunehmende Transparenz, durch Bereitstellung wirksamerer Aufklärungs- und Beratungsmöglichkeiten und Vereinfachung von Verfahren sowie durch Einführung wirksamer Maßnahmen gegen die mit dem Erhalt von Mindesteinkommen verbundene Stigmatisierung und Diskriminierung die Anteile und Ursachen der Nichtinanspruchnahme zu beobachten und so die Inanspruchnahme der

Leistungen zu verbessern;

Or. en

**Änderungsantrag 156
Konstantinos Poupakis**

**Entschließungsantrag
Ziffer 5 c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5c. hebt es als wichtig hervor, dass es Leistungen für Arbeitslose gibt, die den Empfängern einen annehmbaren Lebensstandard garantieren, und dass zudem die Dauer der Abwesenheit vom Arbeitsleben unter anderem durch Erhöhung der Effizienz der für Beschäftigung zuständigen staatlichen Dienststellen gesenkt wird;

Or. el

**Änderungsantrag 157
Konstantinos Poupakis**

**Entschließungsantrag
Ziffer 5 d (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5d. betont, dass Vorschriften über Versicherungen verabschiedet werden müssen, damit eine Verknüpfung zwischen der in dem jeweiligen Mitgliedstaat gewährten Mindestrente und der entsprechenden Armutsgrenze hergestellt wird;

Or. el

Änderungsantrag 158
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 5 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5d. kritisiert die Mitgliedstaaten, in denen die Mindesteinkommenssysteme nicht an die relative Armutsgrenze heranreichen; bekräftigt seine Forderung an die Mitgliedstaaten, dieser Lage möglichst rasch abzuhelpfen; fordert die Kommission dazu auf, in der Beurteilung einzelstaatlicher Aktionspläne bewährte und auch schlechte Praktiken anzusprechen;

Or. en

Änderungsantrag 159
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 5 e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

5e. weist auf erhebliche Diskriminierung aufgrund des Alters in Bezug auf Mindesteinkommenssysteme hin, beispielsweise indem das Mindesteinkommen für Kinder unterhalb der Armutsgrenze angesetzt wird oder indem Jugendliche von Mindesteinkommenssystemen ausgeschlossen werden, weil sie noch nicht genug Sozialbeiträge entrichten haben; betont, dass dies die Bedingungsfreiheit von Mindesteinkommenssystemen und die Wahrung der Würde untergräbt;

Or. en

Änderungsantrag 160
Frédéric Daerden, Sergio Gaetano Cofferati

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag

6. unterstreicht die Dringlichkeit, entsprechende sozioökonomische Kennziffern für verschiedene Bereiche (*Gesundheitswesen, Wohnung, Bildung, Einkommen, Beschäftigung*) auszuarbeiten und anzuwenden, mit denen die Fortschritte im Kampf gegen Armut und für die soziale Einbeziehung nachvollzogen und quantifiziert werden können, und sie jedes Jahr zum Welttag zur Überwindung der Armut (17. Oktober) in Bezug auf ihre Entwicklung und unter Berücksichtigung von Genderfragen, Altersstufen, Familien, Menschen mit Behinderung, Zuwanderung, chronischen Krankheiten und Einkommensunterschieden (60 % des mittleren Einkommens, 50 % des mittleren Einkommens, 40 % des mittleren Einkommens) vorzustellen, um auf relative Armut, extreme Armut und die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen reagieren zu können;

Geänderter Text

6. unterstreicht die Dringlichkeit, entsprechende sozioökonomische Kennziffern für verschiedene Bereiche *wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Einkommen (wie der Gini-Koeffizient als Maß für die Ungleichverteilung von Einkommen), materielle Deprivation oder Beschäftigung* auszuarbeiten und anzuwenden, mit denen die Fortschritte im Kampf gegen Armut und für die soziale Einbeziehung nachvollzogen und quantifiziert werden können, und sie jedes Jahr zum Welttag zur Überwindung der Armut (17. Oktober) in Bezug auf ihre Entwicklung und unter Berücksichtigung von Genderfragen, Altersstufen, Familien, Menschen mit Behinderung, Zuwanderung, chronischen Krankheiten und Einkommensunterschieden (60 % des mittleren Einkommens, 50 % des mittleren Einkommens, 40 % des mittleren Einkommens) vorzustellen, um auf relative Armut, extreme Armut und die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen reagieren zu können;

Or. fr

Änderungsantrag 161
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag

6. unterstreicht die Dringlichkeit, entsprechende sozioökonomische Kennziffern für verschiedene Bereiche (*Gesundheitswesen, Wohnung, Bildung,*

Geänderter Text

6. unterstreicht die Dringlichkeit, entsprechende sozioökonomische Kennziffern für verschiedene Bereiche (*Gesundheitswesen, Wohnung,*

Einkommen, Beschäftigung) auszuarbeiten und anzuwenden, mit denen die Fortschritte im Kampf gegen Armut und für die soziale Einbeziehung nachvollzogen und quantifiziert werden können, und sie jedes Jahr zum Welttag zur Überwindung der Armut (17. Oktober) in Bezug auf ihre Entwicklung und unter Berücksichtigung von Genderfragen, Altersstufen, Familien, Menschen mit Behinderung, Zuwanderung, chronischen Krankheiten und Einkommensunterschieden (60 % des mittleren Einkommens, 50 % des mittleren Einkommens, 40 % des mittleren Einkommens) vorzustellen, um auf relative Armut, extreme Armut und die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen reagieren zu können;

Energieversorgung, gesellschaftliche und kulturelle Integration, Mobilität, Bildung, Einkommen, Beschäftigung) auszuarbeiten und anzuwenden, mit denen die Fortschritte im Kampf gegen Armut und für die soziale Einbeziehung nachvollzogen und quantifiziert werden können, und sie jedes Jahr zum Welttag zur Überwindung der Armut (17. Oktober) in Bezug auf ihre Entwicklung und unter Berücksichtigung von Genderfragen, Altersstufen, Familien, Menschen mit Behinderung, Zuwanderung, chronischen Krankheiten und Einkommensunterschieden (60 % des mittleren Einkommens, 50 % des mittleren Einkommens, 40 % des mittleren Einkommens) vorzustellen, um auf relative Armut, extreme Armut und die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen reagieren zu können;

Or. en

Änderungsantrag 162 Csaba Sógor

Entschließungsantrag Ziffer 6

Entschließungsantrag

6. unterstreicht die Dringlichkeit, entsprechende sozioökonomische Kennziffern für verschiedene Bereiche (Gesundheitswesen, Wohnung, Bildung, Einkommen, Beschäftigung) auszuarbeiten und anzuwenden, mit denen die Fortschritte im Kampf gegen Armut und für die soziale Einbeziehung nachvollzogen und quantifiziert werden können, und sie jedes Jahr zum Welttag zur Überwindung der Armut (17. Oktober) in Bezug auf ihre Entwicklung und unter Berücksichtigung von Genderfragen, Altersstufen, Familien, Menschen mit Behinderung, Zuwanderung, chronischen

Geänderter Text

6. unterstreicht die Dringlichkeit, entsprechende sozioökonomische Kennziffern für verschiedene Bereiche (Gesundheitswesen, Wohnung, Bildung, Einkommen, Beschäftigung **und soziale Leistungen**) auszuarbeiten und anzuwenden, mit denen die Fortschritte im Kampf gegen Armut und für die soziale Einbeziehung nachvollzogen und quantifiziert werden können, und sie jedes Jahr zum Welttag zur Überwindung der Armut (17. Oktober) in Bezug auf ihre Entwicklung und unter Berücksichtigung von Genderfragen, Altersstufen, Familien, Menschen mit Behinderung, Zuwanderung,

Krankheiten und Einkommensunterschieden (60 % des mittleren Einkommens, 50 % des mittleren Einkommens, 40 % des mittleren Einkommens) vorzustellen, um auf relative Armut, extreme Armut und die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen reagieren zu können;

chronischen Krankheiten und Einkommensunterschieden (60 % des mittleren Einkommens, 50 % des mittleren Einkommens, 40 % des mittleren Einkommens) vorzustellen, um auf relative Armut, extreme Armut und die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen reagieren zu können;

Or. en

Änderungsantrag 163 **Karima Delli**

Entschließungsantrag **Ziffer 6**

Entschließungsantrag

6. unterstreicht die Dringlichkeit, entsprechende sozioökonomische Kennziffern für verschiedene Bereiche (Gesundheitswesen, Wohnung, Bildung, Einkommen, Beschäftigung) auszuarbeiten und anzuwenden, mit denen die Fortschritte im Kampf gegen Armut und für die soziale Einbeziehung nachvollzogen und quantifiziert werden können, und sie jedes Jahr zum Welttag zur Überwindung der Armut (17. Oktober) in Bezug auf ihre Entwicklung und unter Berücksichtigung von Genderfragen, Altersstufen, Familien, Menschen mit Behinderung, Zuwanderung, chronischen Krankheiten und Einkommensunterschieden (60 % des mittleren Einkommens, 50 % des mittleren Einkommens, 40 % des mittleren Einkommens) vorzustellen, um auf relative Armut, extreme Armut und die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen reagieren zu können;

Geänderter Text

6. unterstreicht die Dringlichkeit, entsprechende sozioökonomische Kennziffern für verschiedene Bereiche (Gesundheitswesen, Wohnung, Bildung, Einkommen, Beschäftigung) auszuarbeiten und anzuwenden, mit denen die Fortschritte im Kampf gegen Armut und für die soziale Einbeziehung nachvollzogen und quantifiziert werden können, und sie jedes Jahr zum Welttag zur Überwindung der Armut (17. Oktober) in Bezug auf ihre Entwicklung und unter Berücksichtigung von Genderfragen, Altersstufen, Familien, Menschen mit Behinderung, Zuwanderung, chronischen Krankheiten und Einkommensunterschieden (60 % des mittleren Einkommens, 50 % des mittleren Einkommens, 40 % des mittleren Einkommens) vorzustellen, um auf relative Armut, extreme Armut und die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen reagieren zu können; ***betont, dass es dringend EU-weiter und über monetäre Indikatoren hinausgehender statistischer Daten über Situationen extremer Armut wie etwa die Obdachlosigkeit bedarf, die derzeit von***

**Änderungsantrag 164
Jutta Steinruck, Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 6**

Entschließungsantrag

6. unterstreicht die Dringlichkeit, entsprechende sozioökonomische Kennziffern für verschiedene Bereiche (Gesundheitswesen, Wohnung, Bildung, Einkommen, Beschäftigung) auszuarbeiten und anzuwenden, mit denen die Fortschritte im Kampf gegen Armut und für die soziale Einbeziehung nachvollzogen und quantifiziert werden können, und sie jedes Jahr zum Welttag zur Überwindung der Armut (17. Oktober) in Bezug auf ihre Entwicklung und unter Berücksichtigung von Genderfragen, Altersstufen, Familien, Menschen mit Behinderung, Zuwanderung, chronischen Krankheiten und Einkommensunterschieden (60 % des mittleren Einkommens, 50 % des mittleren Einkommens, 40 % des mittleren Einkommens) vorzustellen, um auf relative Armut, extreme Armut und die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen reagieren zu können;

Geänderter Text

6. unterstreicht die Dringlichkeit, entsprechende sozioökonomische Kennziffern für verschiedene Bereiche (Gesundheitswesen, Wohnung, Bildung, Einkommen, Beschäftigung) auszuarbeiten und anzuwenden, mit denen die Fortschritte im Kampf gegen Armut und für die soziale Einbeziehung nachvollzogen und quantifiziert werden können, und sie jedes Jahr zum Welttag zur Überwindung der Armut (17. Oktober) in Bezug auf ihre Entwicklung und unter Berücksichtigung von Genderfragen, Altersstufen, Familien, Menschen mit Behinderung, Zuwanderung, chronischen Krankheiten und Einkommensunterschieden (60 % des mittleren Einkommens, 50 % des mittleren Einkommens, 40 % des mittleren Einkommens) vorzustellen, um auf relative Armut, extreme Armut und die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen reagieren zu können; ***fordert, dass diese sozioökonomischen Kennziffern den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament jährlich in einem Bericht zur Diskussion und zur Festlegung weiterer konkreter Handlungsoptionen zugeleitet werden;***

Änderungsantrag 165
Ilda Figueiredo

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6a. besteht auf der Notwendigkeit zielgerichteter zusätzlicher Leistungen für die am stärksten benachteiligten Gruppen (Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten, Alleinerziehende bzw. kinderreiche Familien), die zusätzliche Kosten, die u.a. aufgrund persönlicher Unterstützung, der Nutzung spezifischer Einrichtungen sowie ärztlicher und sozialer Betreuung entstehen, abdecken sollen;

Or. pt

Änderungsantrag 166
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsfreier und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 167
Frédéric Daerden

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6a. vertritt die Auffassung, dass zusätzlich zu den Maßnahmen zur Reduzierung der Armut und mit Blick auf eine Initiative der Kommission zugunsten eines angemessenen Mindesteinkommens der Zugang zu diesem Einkommen in den Mitgliedstaaten auch anhand von auf europäischer Ebene vergleichbaren Indikatoren gemessen werden muss, wobei dieser Zugang nicht an die Staatsangehörigkeit oder an das Alter geknüpft sein darf;

Or. fr

Änderungsantrag 168
Frédéric Daerden, Sergio Gaetano Cofferati

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6a. ist der Meinung, dass für eine Politik der Verringerung von Armut, die mit der Festsetzung eines angemessenen Mindesteinkommens in den Mitgliedstaaten einhergeht, die Methode der offenen Koordinierung angepasst werden müsste, damit ein wirklicher Austausch von bewährten Vorgehensweisen zwischen den Mitgliedstaaten stattfinden kann;

Or. fr

Änderungsantrag 169
Livia Járóka

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6a. stellt fest, dass ein Mindesteinkommen sein Ziel der Bekämpfung von Armut nur erreichen wird, wenn es steuerfrei ist, und empfiehlt, die Bindung der Höhe des Mindesteinkommens an die Schwankungen der Gebühren von Versorgungseinrichtungen zu prüfen;

Or. en

Änderungsantrag 170
Ilda Figueiredo

Entschließungsantrag
Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6b. erinnert daran, dass das Risiko, in eine Situation extremer Armut zu geraten, aufgrund der Unzulänglichkeit der Sozialversicherungssysteme und der auch weiterhin insbesondere auf dem Arbeitsmarkt bestehenden Ungleichbehandlung für Frauen größer als für Männer ist, was zielgerichtete und vielfältige politische Antworten erfordert, bei denen das jeweilige Geschlecht und die konkrete Situation zu berücksichtigen sind;

Or. pt

Änderungsantrag 171
Ilda Figueiredo

Entschließungsantrag
Ziffer 6 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6c. ist der Auffassung, dass Armut bei Personen, die bereits einer Arbeit nachgehen, ein ungerechter Zustand ist, und fordert die Konzentration aller Anstrengungen auf die Überwindung dieser Situation, so dass die Entlohnung im Allgemeinen und Mindestlöhne im Besonderen – ob sie gesetzlich vorgeschrieben oder tarifvertraglich vereinbart sind – geeignet sind, einkommensbedingte Armut zu verhindern und einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten;

Or. pt

Änderungsantrag 172

Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag

Ziffer 7

Entschließungsantrag

Geänderter Text

7. verweist nachdrücklich auf die Beteiligung armer Menschen und ihrer Organisationen an der Erarbeitung der Politiken, Maßnahmen und Kennziffern und ihrer Umsetzung auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene;

7. fordert eine Einbeziehung von Menschen in Armut und ihren Organisationen und Netzwerken in die Erarbeitung, Umsetzung und Kontrolle der Politiken, Maßnahmen und Kennziffern auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene;

Or. en

Änderungsantrag 173

Licia Ronzulli

Entschließungsantrag

Ziffer 7

Entschließungsantrag

Geänderter Text

7. verweist nachdrücklich auf die Beteiligung armer Menschen und ihrer

7. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, einen Dialog mit den

Organisationen *an der Erarbeitung der* Politiken, Maßnahmen *und Kennziffern und ihrer Umsetzung* auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene;

Organisationen *aufzunehmen, die arme Menschen vertreten, um konkrete* Politiken *und* Maßnahmen *zu erarbeiten, die* auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene *umgesetzt werden*;

Or. it

Änderungsantrag 174
Karima Delli

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag

7. verweist nachdrücklich auf die Beteiligung armer Menschen und ihrer Organisationen an der Erarbeitung der Politiken, Maßnahmen und Kennziffern und ihrer Umsetzung auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene;

Geänderter Text

7. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zu gewährleisten, dass Menschen in Armut, die sie vertretenden Organisationen sowie die Organisationen, die Dienstleistungen für sie erbringen, zu Schlüsselakteuren gemacht werden und dass ihnen angemessene finanzielle und andere Ressourcen und Unterstützung zuteilwerden, die es ihnen ermöglichen, sich an der Erarbeitung der Politiken, Maßnahmen und Kennziffern und ihrer Umsetzung auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene zu beteiligen, insbesondere in Bezug auf die nationalen Reformprogramme der Strategie Europa 2020 und bei der offenen Methode der Koordinierung im Bereich sozialer Schutz und soziale Eingliederung;

Or. en

Änderungsantrag 175
Birgit Sippel

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag

7. verweist nachdrücklich auf die Beteiligung armer Menschen und ihrer Organisationen an der Erarbeitung der Politiken, Maßnahmen und Kennziffern und ihrer Umsetzung auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene;

Geänderter Text

7. verweist nachdrücklich auf die **Notwendigkeit der** Beteiligung armer Menschen und ihrer Organisationen an der Erarbeitung der Politiken, Maßnahmen und Kennziffern und ihrer Umsetzung auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene;

Or. de

Änderungsantrag 176
Ria Oomen-Ruijten

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag

7. verweist nachdrücklich auf die Beteiligung armer Menschen und ihrer Organisationen an der Erarbeitung der Politiken, Maßnahmen und Kennziffern und ihrer Umsetzung auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene;

Geänderter Text

*7. dringt darauf, dass Menschen, die in Armut leben, und einschlägige Hilfsorganisationen an der Erarbeitung der Politiken, Maßnahmen und Kennziffern und ihrer Umsetzung auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene beteiligt werden, wobei **Initiativen zur Arbeitsmarktintegration ganz besonders gefördert werden sollten**;*

Or. nl

Änderungsantrag 177
Frédéric Daerden, Sergio Gaetano Cofferati

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag

7. verweist nachdrücklich auf die Beteiligung armer Menschen und ihrer Organisationen an der Erarbeitung der Politiken, Maßnahmen und Kennziffern und ihrer Umsetzung auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene;

Geänderter Text

*7. dringt darauf, dass Menschen, die in Armut leben, und einschlägige Hilfsorganisationen **sowie die Sozialpartner** an der Erarbeitung der Politiken, Maßnahmen und Kennziffern und ihrer Umsetzung auf europäischer,*

Ebene;

einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene *beteiligt werden*;

Or. fr

Änderungsantrag 178
Livia Járóka

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag

7. verweist nachdrücklich auf die Beteiligung armer Menschen und ihrer Organisationen an der Erarbeitung der Politiken, Maßnahmen und Kennziffern und ihrer Umsetzung auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene;

Geänderter Text

7. verweist nachdrücklich auf die Beteiligung armer Menschen und ihrer Organisationen an der Erarbeitung der Politiken, Maßnahmen und Kennziffern und ihrer Umsetzung auf europäischer, einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene; ***betont darüber hinaus die Notwendigkeit, gegen Arbeitgeber vorzugehen, die Randgruppen illegal für weniger als den Mindestlohn beschäftigen***;

Or. en

Änderungsantrag 179
Licia Ronzulli

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag

7a. ist der Auffassung, dass Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung gefördert und ausgedehnt werden müssen, um die Lage der am stärksten von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen, wie Gelegenheitsarbeitern, Arbeitslosen, Einzelternhaushalten, älteren Alleinlebenden, Frauen, benachteiligten Kindern sowie ethnischen Minderheiten, kranken oder behinderten Menschen zu verbessern;

Geänderter Text

Änderungsantrag 180
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

7a. bedauert zutiefst, dass einige Mitgliedstaaten offenbar der Empfehlung 92/441/EWG des Rates keine Beachtung schenken, die anerkennt, dass „jeder Mensch einen grundlegenden Anspruch auf ausreichende Zuwendungen und Leistungen hat, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können“;

Or. en

Änderungsantrag 181
Konstantinos Poupakis

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

7a. verlangt, dass die Sozialpartner uneingeschränkt und auf der Grundlage der Gleichbehandlung an der Ausarbeitung nationaler Aktionspläne zur Bekämpfung der Armut und an der Festlegung von Referenzzielwerten auf allen Ebenen des staatlichen Handelns beteiligt werden;

Or. el

Änderungsantrag 182
Konstantinos Poupakis

Entschließungsantrag
Ziffer 7 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

7b. betont die Notwendigkeit der Planung und Durchführung gezielter Eingriffe in Form aktiver Beschäftigungspolitik auf der Ebene von Gebieten, Branchen und einzelnen Unternehmen und mit aktiver Beteiligung der Sozialpartner zu dem Zweck, für Menschen in Branchen oder Gebieten mit besonders hohen Arbeitslosenquoten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern;

Or. el

**Änderungsantrag 183
Konstantinos Poupakis**

**Entschließungsantrag
Ziffer 7 c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

7c. betont, dass Schwerpunkte bei ausgewählten Teilen der Bevölkerung (Migranten, Frauen, Arbeitslose im Vorruhestandsalter usw.) gesetzt werden müssen, um Qualifikationen zu verbessern, der Arbeitslosigkeit vorzubeugen und das Netz der sozialen Eingliederung zu stärken;

Or. el

**Änderungsantrag 184
Licia Ronzulli**

**Entschließungsantrag
Ziffer 8**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission *sowie* den Parlamenten und Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

8. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission *sowie* den Parlamenten und Regierungen der Mitgliedstaaten **und beitrittswilligen**

Länder zu übermitteln.

Or. it

Änderungsantrag 185
Corina Crețu

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8a. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, die Arbeitsmarktintegration von Jüngeren und Älteren – also den anfälligen Kategorien, die das Fehlen von Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Rezession hart trifft – zu fördern;

Or. ro

Änderungsantrag 186
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8a. betont, dass im Rahmen von Mindesteinkommenssystemen die Brennstoffkosten gedeckt werden müssen, damit finanziell schlecht gestellte Haushalte, die von Energiearmut betroffen sind, ihre Energierechnung bezahlen können; betont ferner, dass Mindesteinkommenssysteme auf der Grundlage einer realistischen Bewertung dessen, was es kostet, sein Zuhause zu heizen, erstellt und dass dabei auch die spezifischen Bedürfnisse des Haushalts – Familie mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen – berücksichtigt werden müssen;

Änderungsantrag 187
Gabriele Zimmer, Ilda Figueiredo, Thomas Händel

Entschließungsantrag
Ziffer 8 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8b. verweist darauf, dass die meisten Mitgliedstaaten der EU-27 über nationale Mindesteinkommenssysteme verfügen, einige jedoch nicht; fordert die Mitgliedsstaaten auf, für garantierte Mindesteinkommenssysteme zur Armutsprävention Sorge zu tragen, und ermutigt sie zum Austausch bewährter Verfahren; erkennt an, dass dort, wo Sozialleistungen angeboten werden, die Mitgliedstaaten die Pflicht haben, sicherzustellen, dass die Bürger ihre Ansprüche kennen und sie auch wahrnehmen können.